AZA 8416 Flaach (Adressänderungen: Postfach 54, 8416 Flaach)

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«Ja zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

www.schweizerzeit.ch | 41. Jahrgang, **Nr. 24**, Freitag, 18. Dezember 2020

Die «Stube» zu Marthalen

2

Die unheimliche Macht der Kesb

16

Wintertourismus nicht zerstören!

23

Stein am Rhein, SH
Bild: Hauserphoton

Eindrücklicher KMU-Leistungsausweis

Die «Stube» zu Marthalen

von Ulrich Schlüer, Chefredaktor «Schweizerzeit», Flaach/ZH

Zu den markantesten Riegelhäusern im Zürcher Weinland gehört zweifellos die «Stube» mitten im Dorf Marthalen.

Das stattliche Gebäude ist gut fünfhundert Jahre alt. Während Jahrzehnten war es Gemeindehaus. Es erlebte wechselvolle Zeiten. Im Saal der Stube (als «Stube» bezeichnete man das Haus, weil sein Saal beheizt werden konnte) wurde manch weitreichende Entscheidung von der «Gmaand» getroffen. Das schmucke Haus in unmittelbarer Nachbarschaft zur Kirche bildet das Selbstbewusstsein der vor allem landwirtschaftlich und gewerblich tätigen Bürgerinnen und Bürger ab, die Wesentliches zum Gedeihen ihrer Gemeinde Marthalen beigetragen haben und weiterhin beitragen.

Der Loskauf von Rheinau

Jahrhundertelang hatten Marthalens Bauern ihren – oftmals drückenden – Zehnten ans Kloster Rheinau abzuliefern. Nach der Reformation trug die Stadt Zürich, Wirkungsort von Ulrich Zwingli, massgeblich dazu bei, die Stellung des Klosters Rheinau wo immer möglich zu untergraben.

Zur Mitte des 18. Jahrhunderts, als das Kloster offensichtlich in Geldnöten steckte, packten die Marthaler ihre Chance: Gegen Geld boten sie dem Abt zu Rheinau

Paul Mayer

Treibende Kraft hinter den Anstrengungen, mit einer Genossenschaft Marthalens «Stube» zu neuer Blüte zu erwecken, ist KMU-Unternehmer Paul Mayer, Inhaber der Firma PAMAG Metallbau AG. Die in Marthalen domizilierte Unternehmung ist spezialisiert auf Geländer-Bauten. Die PAMAG beschäftigt 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wovon immer sechs bis zehn Lehrlinge.

Paul Mayer gehört zu den das Dorfleben Marthalens und die Entwicklung des Zürcher Weinlands in vielerlei Hinsicht prägenden Persönlichkeiten. Seit Frühling 2019 ist er als Mitglied der SVP-Fraktion im Zürcher Kantonsrat.

us

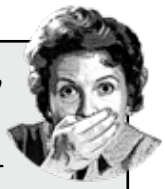
den Loskauf ihrer Gemeinde an. Rheinaus Abt hatte dafür offene Ohren – verlangte für den Loskauf allerdings eine horrende, jenseits aller ländlichen Vorstellungskraft liegende Summe: Zweihunderttausend Gulden.

Marthalens Bürger liessen sich von dieser astronomischen Forderung nicht ins Bockshorn jagen. Sie schickten einen der Ihren, Untervogt Wipf, zu Verhandlungen – vom antikatholischen Zürich wohlwollend unterstützt.

Wipf marktete den Preis schliesslich auf dreissigtausend Gulden herab – immer noch ein erklecklicher Betrag, der damals dem Wert von rund zweitausend Kühen entsprach.

Dass des Klosters Herrschaftsanspruch darniederlag, hatten Marthalens Bauern zuvor bereits beim Zinsen festgestellt: Den Wein von ausgezeichneter Qualität aus ihren Reben konnten sie zu recht hohen Preisen verkaufen. Mit einem Teil des erzielten Ertrags kauften sie darauf minderwertigen Wein billig ein – und überbrachten ihn als Zehnten an die Mönche zu Rheinau. Die dreissigtausend Gulden als Preis des Loskaufs brachte Marthalen auf, indem es von den reformierten Zürcher Stadtvätern ein Darlehen ergatterte – welches sie nach wenigen Jahren bereits vollständig zurückzubezahlen in der Lage waren.

LACHEN VERBOTEN!



Der Weihnachtsmann, ein ehrlicher Politiker und ein hart arbeitender Beamter sehen auf der Strasse eine Hunderternote liegen. Wer hebt die Note heimlich auf? Natürlich der Weihnachtsmann – die beiden andern gibt es gar nicht.

Blütezeit – Niedergang

Das freie Marthalen blühte auf. Gewerbe und Landwirtschaft profitierten enorm von der Unabhängigkeit, die Marthalen genoss. Das hinterliess Spuren: Seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts errichteten Marthalens Bauern in ihrem so eindrücklichen Dorfkern höhere, hablichere, stolzere Riegelbauten als man sie in den umliegenden Dörfern antrifft, die erst später ähnliche Freiheit und vergleichbaren Wohlstand erzielen konnten.

Marthalen zeigt es: Unabhängigkeit und Freiheit zahlten sich aus – schon damals!

Die Stube – Ort der Gemeindeversammlungen im ersten Stock, im Erdgeschoss Trinkstube – erlebte gute, mitunter aber auch weniger gute Zeiten. Im 19.

Fortsetzung auf Seite 4

Hier präsentieren wir das vollständige Programm der Partei «Die Mitte».

Wir danken Gerhard Pfister für das uns zur Verfügung gestellte umfangreiche Material.

Jahrhundert wurden im Saal während zweieinhalb Jahrzehnten die Sekundarschüler unterrichtet. 1871 wurden Soldaten der geschlagenen Bourbaki-Armee aus Frankreich in der Stube einquartiert. Und während all der Jahrzehnte erlebte der Saal der Stube unzählige Hochzeiten und kaum weniger Leidmahle. Vereinsanlässe, Abendunterhaltungen und Theateraufführungen – all dies erfüllte die Stube im Zentrum Marthalens mit Leben.

Wie weiter?

Bis vor fünfzig Jahren, bis 1970, diente die Stube Marthalen als Gemeindehaus. Dann bezog die Gemeindeverwaltung den «Hirschen», eines der prächtigsten Häuser im Zürcher Weinland. Die Stube blieb Wirtshaus mit dem Gemeindesaal im ersten Stock, von der Familie Breu bis 2002 initiativ und erfolgreich geführt.

Dann aber folgte die Krisenzeit. Verpachtungsversuche endeten im Misserfolg. Zeitweise wurden Gruppen für «Betreutes Wohnen» untergebracht. Im Gemeinderat zerbrach man sich den Kopf darüber, was mit dem an Glanz verlierenden, bald einmal leerstehenden Haus anzufangen sei. Der «Gmaand» wurden verschiedene Lösungen unterbreitet. Alle wurden abgelehnt.

Allmählich wurde klar: Ein Haus zu bewirtschaften, das für die Gemeinde keinerlei Zweck mehr zu erfüllen hat, kann nicht länger Gemeindeaufgabe sein. Vier KMU-Unternehmer aus Marthalen entwarfen Pläne für eine Lösung ohne Gemeinde-Anteil. Die Pläne fanden Anklang; Kaufwille wurde sichtbar.

Eines der eingereichten Projekte fand breite Zustimmung. Allerdings gehörten vier Personen, die hinter dem Projekt standen, entweder selbst dem siebenköpfigen Gemeinderat an oder waren mit Gemeinderatsmitgliedern familiär verbunden. Also hätte die Mehrheit des Rats zur Abwicklung des Geschäfts in den Ausstand treten müssen.

KMU-Unternehmer als Käufer

Damit das Geschäft nicht von einer Gemeinderats-Minderheit vor der Gemeindeversammlung vertreten werden musste, ordnete der Bezirksrat als Aufsichtsorgan an, dass zur Abwicklung des Verkaufsgeschäfts ein zusätzlicher achter Gemeinderat zu wählen sei. Zur Verfügung stellte sich der allseits angesehene, für seine Gradlinigkeit hochgeschätzte ehemalige Statthalter Kurt Stäheli.

Am 24. Juni 2016 reichten KMU-Unternehmer aus Marthalen ihr Kaufangebot ein. Kursierten zuvor Dutzende Ideen für die Neuverwendung des Gebäudes, so beinhaltete das Kaufangebot die konsequente Rückkehr zum alten Verwendungszweck: Saal für die gesamte Öffentlichkeit im ersten Stock, Wirtschaft im Erdgeschoss. Zusammen mit einem erfahrenen Baujuristen wurde die Rechtsform für die neue Eigentümerschaft erarbeitet: Eine Non-Profit-Genossenschaft, an der sich spontan sechzehn Personen aus Marthalen mit einem oder zwei Anteilen von je fünfundzwanzigtausend Franken beteiligten.

Am 24. April 2017 wurde der Kaufvertrag auf dem Notariat «gfergget». Wenig später fand die Sonder-Gemeindeversammlung statt – unter der Leitung der Gemeinderats-Vizepräsidentin und alt Kantonsrätin Inge Stutz. Der Kaufvertrag wurde von den Anwesenden mit 149 zu null Stimmen gutgeheissen. Am Jahresende 2017/2018 fand die Eigentumsübertragung statt.

Renovation

Für die umfassende Renovation des ganzen Gebäudes strengten sich die einheimischen Handwerker – nicht wenige davon waren zu Miteigentümern geworden – ganz besonders an. Das Haus sollte das althergebrachte Selbstbewusstsein Marthalens einerseits, die unternehmerische Tüchtigkeit von Marthalens KMU-Unternehmern anderseits abbilden. Eine junge Frau aus dem Dorf, die eben ihr Studium als Architektin abgeschlossen hatte, setzte sich mit allem Nachdruck dafür ein, dass ihr mit der Ausgestaltung der Wirtsstube – zeitgemässe Gastwirtschaft in traditionsreichem Haus – die Chance zum Erstlingswerk gewährt wurde. Es ist ihr eindrücklich gelungen.

Die Gastwirtschaft konnte einem jungen, initiativen Wirt aus nächster Umgebung verpachtet werden, der selbst die Corona-Zeit – obwohl wenige Monate nach Eröffnung der Wirtschaft Tatsache geworden – recht gut zu meistern vermag.

Marthalens «Stube» ist dank der Initiative ansässiger, einsatzbereiter KMU-Unternehmer wieder – wie zuvor während rund fünfhundert Jahren – zum Mittelpunkt einer eigenständigen, selbstbewussten Gemeinde in einem der schönsten Dörfer der Schweiz geworden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil sich mehr als die Hälfte der heute 29 Genossenschafter aktiv und persönlich für das Gedeihen dieses besonderen Hauses einsetzen – gerade auch während der Corona-Zeit.

us

Öffnungszeiten der Stube:

Montag/Donnerstag/Freitag	*08.45–14.00/17.00–23.00*
Samstag/Sonntag	*10.00–23.00*
Dienstag/Mittwoch	*Ruhetag*

Machtrausch

Es geschah am 15. November 2020. Ort des Geschehens: Restaurant Schlosshof in Dornach im Kanton Solothurn. Eine Gruppe von sieben Personen wünscht zu tafeln. Der Wirt verlangt – ebenso korrekt wie nachdrücklich – die Einhaltung der erlassenen Corona-Schutzmassnassnahmen. Der Hauptsprecher der Siebner-Gesellschaft – schon diese Zahl ist höher als grenzwertig – protestiert lautstark, unterstützt von einem zweiten, der sich alsbald als Vater des Protestierenden entpuppt: Die zwei Tische, auf welche die Siebner-Gesellschaft Corona-bedingt verteilt wurde, seien zusammenzuschieben – was der korrekte Wirt unter Protest der Gesellschaft verhindert.

Spalte rechts

Der protestierende Hauptsprecher der Gruppe entpuppte sich schliesslich als Regierungsrat – aus einem anderen Kanton. Er ist ein besonderer Regierungsrat: Gesundheitsdirektor. Und auch noch Präsident der Konferenz der Gesundheitsdirektoren aller Kantone. Er ist der, welcher im Fernsehen, im Radio, in der Presse laufend Einschränkungen verlangt und verfügt, der gar mit erneutem «Lockdown» droht, wenn die Disziplin der Bevölkerung nicht genüge.

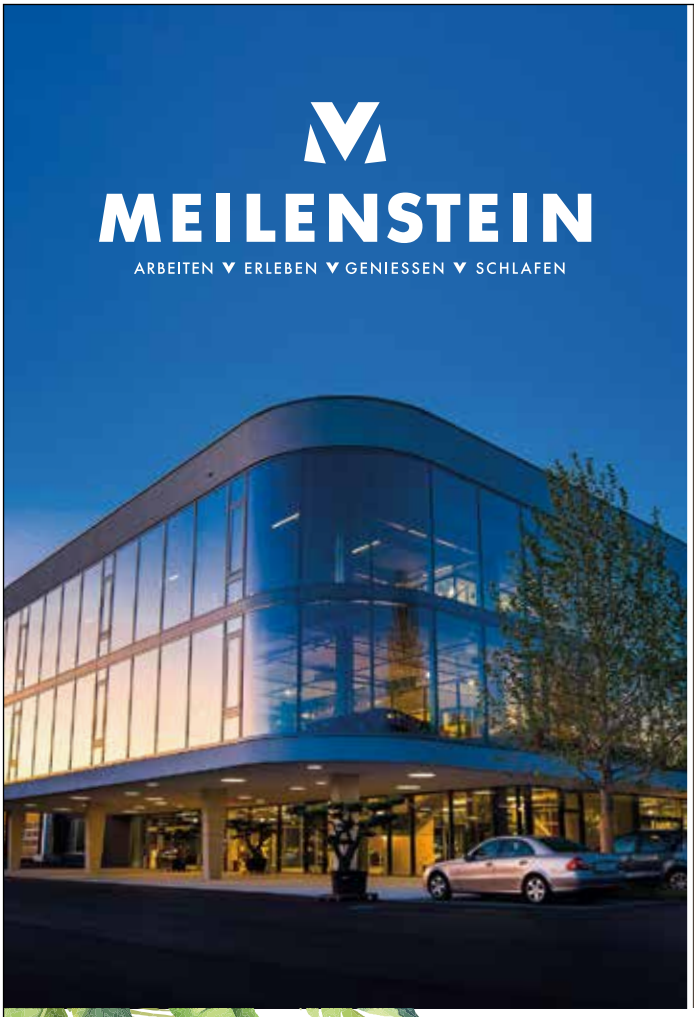
All das verfügt er für das «gewöhnliche Volk». Er selbst glaubt sich, in einen Nachbarkanton ausweichend, nicht unbedingt daran halten zu müssen. Schliesslich gehört er zur höheren Gesellschaftsschicht, Herr Regierungsrat Lukas Engelberger aus Basel.

Machtrausch reisst ihn fort: «Nicht-Gewöhnlichen» wie ihm, in einen Nachbarkanton ausweichend, sei das Festen auch in Corona-Zeiten gestattet.

Auch andere verfallen in «besonderer Lage» dem Machtrausch: Der Chef jener «Task force», der sich vor den Medien als Einsperrgeneral in Szene setzt. Als dem Gastgewerbe das generelle Schliessen um 19.00 Uhr diktiert wurde, fragte ihn, Task force-Chef Martin Ackermann, ein Journalist, warum gemeinsames Mittagessen weniger ansteckend sei als gemeinsames Nachtessen. Aus der Antwort wurde klar: Gesundheitspolitisch hat der Schliessbefehl für das damit teils existenzgefährdend getroffene Gastgewerbe keine Bedeutung. Umerziehung der Bevölkerung masst sich der Task force-Chef damit also an. Wie in Zeiten der «Gnädigen Herren».

Machtrausch diktiert. Wie lange schaut das Parlament noch zu?

Ulrich Schlüer



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung

Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

KIDDY DOME
SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ

WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Wir haben …

… die Sexfotos von Alain Berset

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Heute erzählen wir, wie Bersets Erpressungs-Geschichte abgelaufen wäre, wenn der Bundesrat Parmelin geheissen hätte und nicht bei der SP wäre.

Vor den Sexfotos zuerst die Fakten: Eine Frau forderte Ende 2019 von Bundesrat Berset 100'000 Franken, ansonsten würde sie Fotos und Mails öffentlich machen. Nach dreiwöchigen Verhandlungen zeigte der Bundesrat die Frau an. Keine 24 Stunden später führte die Bundeskriminalpolizei eine Hausdurchsuchung durch und verhörte die Frau während Stunden. Der Fall wurde mit einem Strafbefehl unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehandelt, ihre Kommunikationsgeräte wurden bis auf die Werkseinstellung gelöscht. Leitmedien und Staatsfernsehen unterbanden eine ausführliche Berichterstattung über den Fall.

Parmelins Geliebte im Blick

Wie wäre nun der Fall abgelaufen, wenn nicht der selbstverliebte SRG- und Blick-Liebling Berset, sondern Bundesrat Parmelin mit einer jungen Winzerin eine Affäre gehabt hätte? Hätte Parmelin Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft eingereicht, so hätte diese mit Sicherheit nicht am nächsten Tag die «Geliebte» in Haft gesetzt. Sie hätte sich im Gegenteil Zeit gelassen und nach ein paar Tagen erklärt, Haft und eine Hausdurchsuchung seien schwere Grundrechtseingriffe und in diesem Falle nicht zu rechtfertigen. Heimlich wären stattdessen ein erstes Mal die Medien informiert worden (wie bei Blocher in der Affäre Hildebrand). Und Parmelin hätte sich über die Blick-Schlagzeile «Parmelin wollte Geliebte verhaften lassen» freuen können.

Kein Schutz vor Enthüllungen

Die Bundesanwaltschaft hätte den SVP-Bundesrat wohl auch nicht mit dem Strafbefehlsverfahren vor Enthüllungen geschützt. Die Behörden hätten vielmehr erklärt, ein Strafbefehl sei für Massen- und Bagatelldelikte angezeigt, sicher aber nicht hier: Strafverhandlungen müssten grundsätzlich öffentlich durchgeführt werden. Bundesrat Parmelin habe auch «kein besonderes Bedürfnis auf Schutz der Persönlichkeit und der Privatsphäre». Das wäre auch richtig, denn Personen des öffentlichen Lebens müssen sich mehr Eingriffe in ihr Privatleben gefallen lassen als andere. Ausser man heisst Berset. Und die ganze Schweiz hätte sich gefragt, was mit den 25'000 Franken war, die sein Bundesamt 2018 seiner Geliebten in Form eines Preises zukommen liess.

Keine totale Datenlöschung

Schliesslich hätte die Bundesanwaltschaft auch ziemlich sicher nicht durch Spezialisten die Handys, PCs und Datenträger der Dame säubern lassen. Denn anders als beim protegierten Berset hätten sie gesagt: Wenn an der Sache nichts dran ist, dann muss auch nichts gelöscht werden. Und falls doch, dann wird nur das gelöscht, was verfänglich ist. Denn genauso wie nicht das gesamte Haus leergeräumt wird, weil in der Garage ein gestohlenes Fahrrad steht, darf man auch nicht die gesamten Daten einer Beschuldigten löschen. Auch dann nicht, wenn man Bundesrat ist und sich vor weiteren Enthüllungen fürchtet.

Einsatz der Staatskomiker

Die Medien hätten über die Gerichtsverhandlung mit Parmelin und seiner Geliebten live berichtet. Sie hätten die Erpresserin interviewt und sie als Opfer portraitiert, das von der Staatsmacht gefügig gemacht worden sei. Die Staatskomiker wie Giaccobo und Konsorten hätten sich über den Bundesrat lächerlich gemacht und das Schweizer Farbfernsehen hätte – statt wie bei Berset sich gegen die Veröffentlichung von Fakten energisch zu wehren – Diskussionssendungen zum Thema «Ist ein erpresster Bundesrat noch tragbar?» ausgestrahlt. Linke Staatsrechtler und Politologen hätten ihre Stirn in Falten gelegt. Parmelin hätte zurücktreten müssen.

Und die Sexfotos?

Einzig Sexfotos wären weder von Berset noch von Parmelin (wir haben natürlich keine solchen, wie Sie längst geahnt haben) veröffentlicht werden. Denn auch ein Bundesrat hat das Recht auf eine Privatsphäre. Zumindest wenn er Berset heisst.

Hermann Lei

MPM since 1983

Schweizer Werte
in der Vermögensverwaltung
seit 1983

Ihr Ansprechpartner Markus Müller informiert Sie über alle Möglichkeiten und berät Sie gerne.
Tel: 041 725 35 45 Email: markus.mueller@mpmswiss.com

KOMPETENT, UNABHÄNGIG, ERFOLGREICH
MPM SWISS AG · Riedstrasse 11 · 6330 Cham · www.mpmswiss.com

Leserbriefe

Zur «unheimlichen Macht der Kesb»

Kürzlich haben die politisch verantwortlichen Instanzen der Kesb ein gutes Zeugnis ausgestellt. Offenbar waren ihnen Fälle, wie in den «Schweizerzeit»-Beiträgen Nr. 20 und 22 dargestellt, unbekannt. Auch ich habe ein sehr selbstherrliches Verhalten der Kesb mitverfolgt. Meine Schwägerin und ihr Mann lebten viele Jahre in Davos. Nach der Pensionierung kehrten sie in ihren Heimatkanton Schwyz zurück. Der Mann wurde von Alzheimer befallen, lebt seit langem in einem Pflegeheim und ist seit Jahren nicht mehr ansprechbar. Die beiden hatten noch eine Wohnung in Davos, die meine Schwägerin verkaufen wollte. Sie hatte eine Käuferin gefunden, und der Termin beim Notar war vereinbart. Da bekam meine Schwägerin vom Notar unerwartet die Nachricht, der Termin für die Verschreibung des Kaufes sei von der Kesb vereitelt worden. Man müsse zuerst abklären, ob meine Schwägerin überhaupt ohne Zustimmung des Gatten zum Verkauf ermächtigt sei. Sie fiel aus allen Wolken und schrieb an die Kesb Schwyz, sie betrachte die Absage des Notartermins durch die Kesb ohne vorangehende Rücksprache mit ihr als beispiellose Selbstherrlichkeit einer Verwaltungsstelle. Die Steuerverwaltung des Kantons Schwyz akzeptiere seit Jahren, dass sie die Steuererklärungen allein unterschreibe, weil ihr Mann an Alzheimer leide. Sie stellte der Kesb die Frage, warum sie keine Information bei der Steuerverwaltung eingeholt habe. Nach der Drohung, den ganzen Fall an die Öffentlichkeit zu bringen, entschuldigte sich die Kesb Schwyz. Aber unglaublich: Sie stellte meiner Schwägerin eine Rechnung von 700 Franken für ihre Bemühungen. Wenn schon, hätte meine Schwägerin eine solche Rechnung stellen müssen, denn die interessierte Käuferin hatte inzwischen eine andere Wohnung gekauft, und für meine Schwägerin begann die Arbeit von vorne. Ist das Dienst am Bürger, wozu die Kesb verpflichtet wäre?

Simon Küchler, Steinen SZ

Populär aber nicht sehr erfolgreich

Die Polit-Erinnerungen «Damals …» von Hans Fehr haben an Aktualität nichts verloren. Ogis «Nato-Partnerschaft für den Frieden» und Brunners «Nato-Anpassungsbericht» lassen jedem verfassungstreuen Schweizer Bürger die Haare sträuben. Der populäre alt Bundesrat Ogi wird weit überschätzt. Als ehrgeiziger Sportler machte er alles, um seine Kandidatur als IOC-Präsident zu befeuern. Er baute das schlecht geführte EMD zum VBS mit starker Sportbetonung aus und wollte den spanischen IOC-Präsidenten Samaranch damit beeindrucken und sich als Nachfolger empfehlen. Und er wollte sogar ein spanisches Transportflugzeug kaufen. Dabei hinterliess auch er das nicht gelöste fatale Milliarden-Munitionsgrab Mitholz. Die für Mitholz bedrohliche Situation zu beseitigen wäre

Traditionelle Berchtoldstag-Veranstaltung

Samstag, 2. Januar 2021, 10.30 Uhr

Live-Übertragung ins Internet und auf Facebook & Youtube

Christoph Blocher

«Würdigung von Solothurner Persönlichkeiten

Josef Munzinger
(1791 – 1855)
«Kämpfer für die Schweiz»

Cuno Amiet
(1868 – 1961)
«Maler der Modeme»

Willi Ritschard
(1918 – 1983)
«Arbeiter im Bundesrat»

und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz»

Dieser kulturelle Anlass wird Ihnen herzlich empfohlen und präsentiert durch den Verein «Politfuchs» mit seinem Präsidenten **Richard Aschberger** (Grenchen) sowie der **SVP Kanton Solothurn.**
Weitere Informationen: www.svp-so.ch

Übertragungen ab 2. Januar, 10.30 Uhr:

- Im Internet unter: www.teleblocher.ch www.svp-so.ch
- Auf Facebook unter: https://www.facebook.com/svpso
- Auf Youtube unter: TeleBlocher

SCHWEIZER QUALITÄT SVP

weit wichtiger gewesen als im Fernsehen Eier zu kochen und sich als Sportminister auf den Titelseiten der Promiblätter mit Kofi Annan beim Wandern zu zeigen.

Roger E. Schärer, Trin Mulin GR

Willkür-Entscheid in Basel

Das erneute Schliessen der Restaurants in Basel-Stadt war und ist nutzlos und zudem sehr teuer für die Steuerzahler. Anfänglich hiess es, der Basler Wirteverband überlege sich juristische Schritte gegen den Willkür-Entscheid. Daraufhin hörte man nichts mehr. Grund: Die Basler SP-Finanzdirektorin Tanja Soland beruhigte die Gastro-Betriebe, es habe in der Basler Stadtkasse genug Geld dank den hohen Steuererträgen der Pharma-Unternehmen. So einfach ist das also. Auch der Grosse Rat machte eine schlechte Falle. Statt dass der links-grün dominierte Basler Rat den zweistelligen Millionenbetrag aus der Steuerkasse boykottierte, wurde er einfach durchgewinkt. Dass die Bürgerinnen und Bürger dazu nichts zu sagen haben, ist skandalös. Es darf nicht mehr vorkommen, dass faktisch ein einziger kantonaler Gesundheitsdirektor (CVP bzw. «Mitte»), im Schlepptau den Basler Stadtarzt, auf solch undemokratische Weise Schliessungsmassnahmen befehlen kann, die zudem unverhältnismässig, nutzlos und teuer sind.

Marcus Stoercklé jun., Basel

Die Schweiz im Uno-Sicherheitsrat?

Niemand braucht eine Schweiz, die im weltweiten Getöse auch noch mitbrüllt. Wenn sich alle mit allen in den Haaren liegen, ist der politische Ruhepol gefragt, die Oase der Verständigung, die neutrale Schweiz. Neutralität heisst, dass man sich zurückhält und zuhört statt verurteilt und droht.

Alex Schneider, Küttigen AG

Amtsstellen entscheiden

Dass in der Schweiz bezüglich Einbürgerungen vieles schief läuft, lässt sich dadurch erklären, dass nicht mehr die Stimmbürger sondern Amtsstellen darüber entscheiden. Ob wohl der Bieler Hassprediger nach der «alten» Methode auch eingebürgert worden wäre?

Markus Flury, Wangen ZH

Gute Argumente

Ich bin seit einem Jahr «Schweizerzeit»-Abonnent und bewundere die Ausdauer, mit der Sie immer wieder mit guten Argumenten dem schleichenden kulturell-moralischen Zerfall entgegentreten. Weiter so!

Wolfram M. Burgert, Itingen BL

Keine staatliche Finanzierung von NGO

NGO (Nicht-Regierungs-Organisationen) mischen sich immer mehr in die Politik ein, obwohl sie dazu überhaupt nicht legitimiert sind. Zudem agieren sie hauptsächlich gegen das eigene Land, meist im Sinne des linksgrünen Sumpfes. Wenn sie ein berechtigtes Anliegen haben, bekommen sie genug Geld dafür. Aber es kann doch nicht sein, dass sie Geld vom Staat (bzw. vom arbeitenden Steuerzahler) bekommen, um gegen eben diesen zu agitieren. Wann endlich hat eine Partei den Mut, diesen Wahnsinn abzustellen? Ich bin sicher, viele Leute denken so. Wenn demnächst die Auswirkungen der gescheiterten Corona-Politik unserer Regierung sichtbar werden, weil unzählige KMU und Selbständige in Konkurs und viele Bürger wegen Arbeitslosigkeit in die Armut fallen – wetten, dass keine einzige NGO sich für diese Leute einsetzt. Darum: NGO Ja, aber staatliche Finanzierung Nein!

Meinrad Lacher, Wangen ZH

Islamischer Terror

Als Kenner des Korans und früherer Katastrophenhelfer in Biafra (1968) stelle ich fest: Die jüngsten Attentate zeigen, dass der islamische (nicht islamistische) Terror nicht aus der Welt verschwunden ist. Wie können wir ihm den Nährboden entziehen? Zunächst: Es ist unsinnig, von «islamistisch» zu sprechen, denn im Grunde genommen muss jeder Moslem gemäss dem Koran den Djihad (den Heiligen Krieg) üben und die Kuffar (die «Ungläubigen») zum Islam bekehren oder sie umbringen, falls sie sich weigern. Der Auftrag des Propheten lautet: Islamisierung der ganzen Welt! Auf Märtyrer, die für dieses Ziel kämpfen und sterben, warten im Paradies 72 Jungfrauen. Wenn Hochschulen, Wissenschaft und Ethik nicht versagen würden, könnte die freie Welt den Islam schon längst zu einer Anpassung des Korans an die Menschenrechte und die Uno-Charta zwingen.

Willy Schmidhauser, Dettighofen TG

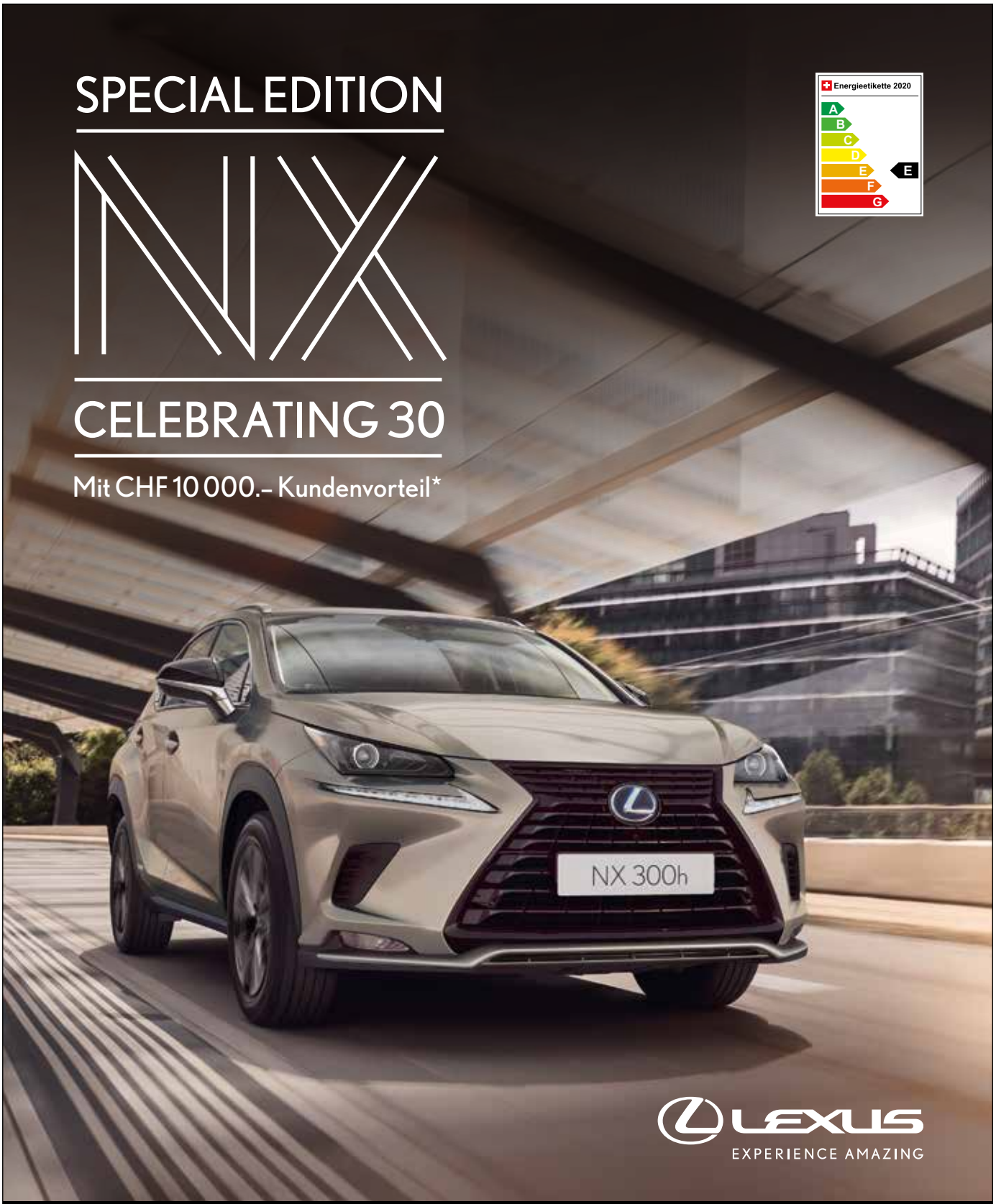
innova

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik

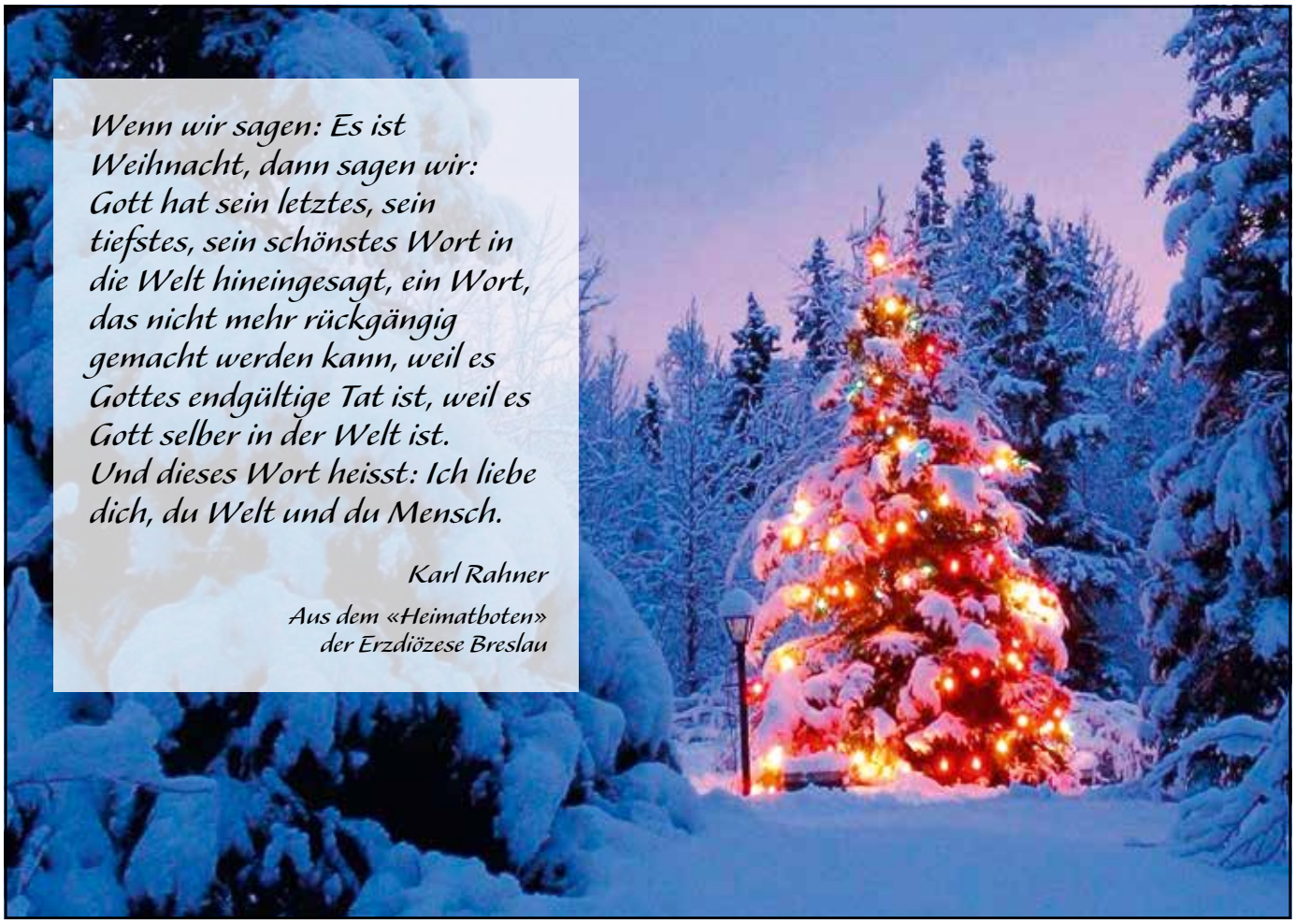
Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!

INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 6
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.COM



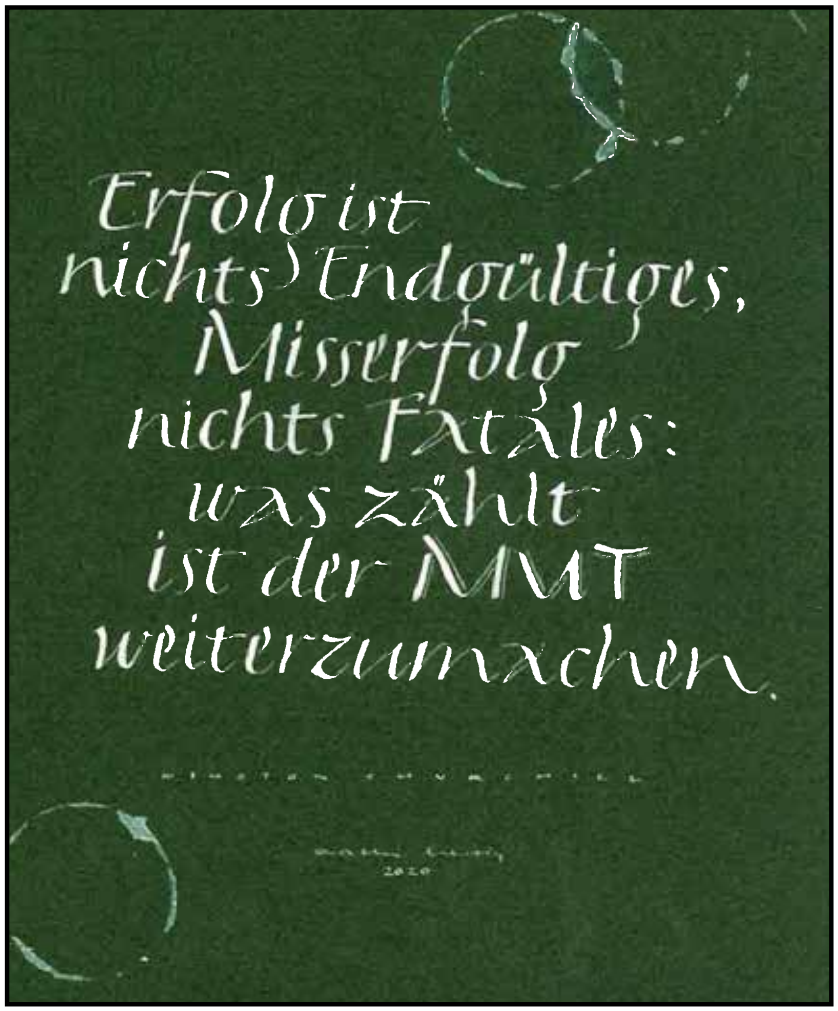
*Lexus NX 300h Special Edition «Celebrating 30» ab CHF 53 900.– (inkl. Mehrausstattung im Wert von CHF 10 000.–). Ø Verbr. 7.5 l/100 km[1], Ø CO_2 171 g/km[1], En.-Eff. E. Zielwert Ø CO_2-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 115 g/km. [1] Gemäss Prüfzyklus WLTP. Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung, inkl. MwSt. Zwischenverkauf vorbehalten.



Wenn wir sagen: Es ist Weihnacht, dann sagen wir: Gott hat sein letztes, sein tiefstes, sein schönstes Wort in die Welt hineingesagt, ein Wort, das nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, weil es Gottes endgültige Tat ist, weil es Gott selber in der Welt ist. Und dieses Wort heisst: Ich liebe dich, du Welt und du Mensch.

Karl Rahner

Aus dem «Heimatboten» der Erzdiözese Breslau



Die Redaktion der «Schweizerzeit» wünscht allen Leserinnen und Lesern gesegnete Weihnachten und ein erfolgreiches, glückliches neues Jahr!

HOFMANN KOMMUNIKATION
AGENTUR FÜR PUBLIC RELATIONS

Vertrauen ist wie ein Blatt Papier – einmal zerknüllt, ist der Schaden sicht- und spürbar.

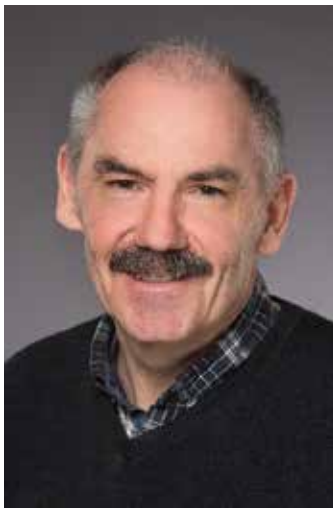
Ein gutes Image will erarbeitet und gepflegt sein. Glaubwürdigkeit, das höchste Gut einer Unternehmung oder Institution, resultiert aus transparenter, widerspruchsfreier Kommunikation sowie entsprechendem Handeln. Schein und Sein stimmen überein. Dies bringt das Fremdbild mit dem Selbstbild in Übereinstimmung.

Kommunikation ist von existentieller Bedeutung. Eine Unternehmung oder Institution muss als attraktiver und fairer Partner positioniert werden. Es gilt Vertrauen aufzubauen und zu pflegen. Investitionen in eine glaubwürdige Kommunikation fördern Kundentreue, Zufriedenheit der Mitarbeitenden, Qualität, Effizienz sowie einen gestärkten Marktauftritt. Eine nachhaltige Kommunikation schafft Mehrwert.

Die persönlich geführte Agentur **HOFMANN** KOMMUNIKATION unterstützt Sie bei interner und externer Kommunikation.

HOFMANN KOMMUNIKATION textet und redigiert für Sie

interne und externe Public Relations
Briefe, Mailings, Newsletters
Medienmitteilungen
Publireportagen
Editorials
Artikel
Websites
Publikationen wie Flyers, Broschüren, Prospekte
Zeitschriften für Mitarbeitende
Geschäftsberichte
Werbetexte
Slogans, Headlines
Namings



Unsinn zum Prinzip erhoben

PICs Volltreffer

Bevor ich zum Hauptthema gelange, gestatte ich mir ausnahmsweise journalistisch Verpöntes: Ich berichte in drei authentischen Fällen zum Thema Rassismus aus 30-jähriger Eigenerfahrung im Bereich Gerichtsberichterstattung:

- Erster Fall: In der Ostschweiz trieb ein Kosovare sein Unwesen. Er ging wahllos auf Passanten zu, schlug sie ins Gesicht, beschimpfte und bespuckte sie übel – darunter auch den örtlichen Gemeindeammann. Er kannte die Attackierten nicht. Er wurde angezeigt und freigesprochen. Begründung: Seine psychische Verfassung lasse keine Verurteilung zu. Nach gesprochenem Skandalurteil fragte ich noch im Gerichtssaal und coram publico Richter und Beisitzer, ob sie mich aufgrund tiefempfundener Empörung als psychisch labil genug einstuften, um sie allesamt straflos ohrfeigen zu dürfen. Konsequenz: Gerichtsakkreditierung für drei Monate entzogen.

- Zweiter Fall: Mir fiel auf, dass in etwa sieben von zehn Gerichtsverhandlungen ausländische Straftäter vor dem Kadi standen. Ich fragte beim kantonalen Obergericht via Mail an, ob meine Beobachtung zutreffe. Konsequenz: Allein die Anfrage brachte mit eine schriftliche Rüge ein, gekoppelt an den Hinweis, man würde im Wiederholungsfall die Antirassismus-Kommission einschalten.

- Dritter Fall: Ein nigerianischer Asylant schlug zwei kantonale Sozialbeamte krankenhausreif. Bei der Ausweisung beharrte er darauf, rund zwanzig gestohlene Schnapsflaschen mitzunehmen. Zwei Schweizer Migrationsbeamte luden sie für ihn in den Flieger. Im Folgeartikel nannte ich alle Daten und Namen unter dem Titel: «Nationale Schande». Konsequenz: 1 Jahr Akkreditierungsentzug.

Thematischer Kontrapunkt: Die hier im Lande tätigen Antirassismus-Fachfrauen Mandy Abou Shoak, 31, und Rahel El-Maawi, 43, befinden in einer Analyse übereinstimmend, Schweizer Schulbücher der Mittel- und Oberstufe seien im Kern schwer rassistisch.

Ein Schweizer Politiker von Rang schrieb einmal: «Allein der ehrlich empfundene Stolz auf meine Heimat und ihre Geschichte macht mich nicht zum Rassisten. Ein Rassist ist jener, der lauthals kundtut, dass nur sein Land, seine Rasse, seine Religion das einzig Wahre und Beste ist.»

Welche Ethnie mir dazu ganz spontan einfällt, verschweige ich tunlichst – ich habe meine Lektion gelernt.

Charly Pichler *pichler@thurweb.ch*

Bleiberecht für kriminelle Ausländer?

Hinter feindlichen Linien

Der linke Zeitgeist ist verlogen und brandgefährlich. So will die linke Zürcher Stadtregierung beispielsweise eine «City Card» für sogenannte «Sans Papiers« einführen. Gemäss vorsichtigen Schätzungen halten sich 10'000 bis 14'000 illegale Migranten in der Stadt auf. Diese sollen sich mit der City Card bei Polizeikontrollen ausweisen und sich so dem Zugriff des Rechtsstaates entziehen können. Mit diesem faulen Trick will die rot-grüne Stadtregierung übergeordnetes Recht torpedieren.

Macht sie sich damit zur Gehilfin der illegalen Tätigkeiten der sogenannten Sans Papiers? Aus dieser Angst heraus hat die Stadtregierung ein Positionspapier erarbeiten lassen. Darin geht auch hervor, dass für die City Card «hohe Vorbereitungskosten» und «erhebliche wiederkehrende Personal- und Sachkosten» notwendig sind. Es werden Millionen Steuerfranken für die illegalen Migranten aus dem Fenster geworfen.

Die grosse Mehrheit der Illegalen reiste als Touristen aus Lateinamerika ein und kehrte bislang nicht in die Heimatländer zurück. Gemäss einem kantonalen Bericht sind weitere grössere Gruppen Straftäter und Sozialhilfeabzocker, deren Aufenthaltsbewilligung nicht verlängert wurde, oder abgewiesene Asylanten.

Die illegalen Migranten nehmen günstigen Wohnraum und einfache Arbeiten weg und zahlen weder Steuern noch Sozialabgaben. Sie leben so auf Kosten unserer Gesellschaft. Es ist keine Heldentat, ein sogenannter Sans Papiers zu sein. Doch bei jeder Gelegenheit stimmen die linken Politiker und Medien ein Mitleids- und Loblied auf die Illegalen an. Braucht es noch eindeutigere Beweise, dass der linke Zeitgeist verlogen und brandgefährlich ist?

Jetzt muss jedem aufrichtigen Schweizer klar sein: Wir müssen endlich aufstehen und uns gegen den linken Irrsinn wehren! Die Grenze des Erträglichen ist längst erreicht. Was sich in einer Grossstadt wie Zürich durchsetzt, kann auch bald auf nationaler Ebene auf die Agenda kommen. Wollen wir wirklich ein Bleiberecht für kriminelle Ausländer?

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

Ja zum Verhüllungsverbot

Liebe Leserinnen und Leser

Am 7. März 2021 gelangt unsere **Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»** zur Abstimmung. Wir wollen diese symbolträchtige Abstimmung unbedingt gewinnen.

Wehret den Anfängen! Die europaweiten Terroranschläge der letzten Wochen haben einmal mehr gezeigt, dass der **radikale Islam** eine **Zeitbombe** ist, welche die Freiheit Europas immer akuter bedroht. Genauso wie der «Hass auf Ungläubige» sind Burka und Niqab ein **unterdrückerisches Merkmal** des politischen Islam. Das wollen wir auf Schweizer Boden nicht akzeptieren!

Wir zeigen den immer lauter vorgebrachten Sonderforderungen radikaler Muslime (getrennter Schwimmunterricht, Handschlag-Verweigerung usw.) die rote Karte. **Damit die Schweiz Schweiz bleibt** und die **Weihnachtsfeiern** nicht auf dem Altar der «Political Correctnes» geopfert werden!

Darum **«Ja zum Verhüllungsverbot»**:

- Freie Menschen zeigen Gesicht, wenn sie miteinander sprechen.
- Ja zur Gleichberechtigung und Stopp der erzwungenen Gesichtsverhüllung!
- Stopp der kriminell motivierten Verhüllung durch Vandalen und Chaoten!

Ohne grosse Partei im Rücken, sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen. Ich danke Ihnen, wenn Sie uns im Abstimmungskampf unterstützen.

Herzlichst, Ihr

Walter Wobmann
Nationalrat, Präsident Egerkinger Komitee

JA ZUM VERHÜLLUNGSVERBOT: SO KÖNNEN AUCH SIE MITHELFEN!

- Einen **Postversand** unserer **Abstimmungszeitungen** an ausgewählte Gemeinden **sponsern**. Weitere Infos: www.flyer-ueberall.ch/verhuellungsverbot
- **Plakate aufhängen** auf privatem Grund, an Anlässen und Standaktionen. Kostenlos bestellen: info@verhuellungsverbot.ch oder Tel. 041 440 00 67
- Kampagne **finanziell unterstützen.** Jetzt bequem spenden per **Online**-Spendenformular! Weitere Infos: www.verhuellungsverbot.ch/spenden
- **Leserbriefe** schreiben, kostenlose **Testimonials**, Argumente verbreiten und, und, und... Dazu finden Sie alles auf unserer Website **www.verhuellungsverbot.ch**

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

China lacht

15 asiatische Staaten – inklusive China, Australien, Neuseeland und Japan – haben ein gemeinsames Freihandelsabkommen unterzeichnet. Das wird einen Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung abdecken und ist das grösste Handelsabkommen der Welt. Es umfasst nicht weniger als 2,2 Milliarden Menschen.

Und Europa? Unter der EU-Kommissionpräsidentin von der Leyen diskutiert man vor allem, wie man die Wirtschaft schwächen kann: Mit Klima-Steuern, der sogenannten Abgasnorm 7, die so streng ist, dass die Verbrennungsmotoren faktisch schon 2025 verschwinden müssen, mit Bankenregulierungen und das Anbinden des EU-Budgets an Menschenrechte und Justiz – um Ungarn und Polen zu erpressen.

Die Europäische Zentralbank EZB wird präsidiert von der französischen Politikerin und Juristin Christine Lagarde. Von Wirtschaft und Notenbank hat sie so gut wie keine Ahnung. Aber sie fängt an, auf Banken politischen Druck auszuüben. Diese müssen jetzt Klimapolitik betreiben und dürfen irgendwann nicht mehr in emmissionsintensive Branchen wie Chemie, Zement oder Erdöl investieren. Wie stellen wir dann Medikamente her, wie bauen wir dann Häuser, wie stellen wir Kunststoff her? Die Asiaten lachen sich in die Faust. So wird Europa verarmen – und zwar aus eigenem Verschulden.

(In den Sümpfen von Bern, Episode 125, 25.11.2020, Thomas Matter, Nationalrat)

EU-Schuldenwirtschaft

Schnabl (Gunter Schnabl, Oekonomie-Professor in Leipzig – Red.) erinnert diese Politik, die Notenbank und Staaten aktuell betreiben, an die früheren mittel- und osteuropäischen Planwirtschaften. Weil Arbeitslosigkeit dort unerwünscht war, wurden ineffiziente Betriebe durch zinslose Kredite des staatlichen Bankensektors über Wasser gehalten. Die Defizite der Banken wurden von der Zentralbank gedeckt. Eine anhaltende Stagnation und der Verfall des Kapitalstocks waren die Folge. Sinkt die Produktivität, die ohnehin in Deutschland seit Jahren niedrig ist, entfällt die Grundlage für reale Lohnerhöhungen und den Ausbau der Sozialsysteme. Deshalb sind für Schnabl ein Absinken des realen Lohnniveaus und/oder Einschnitte in die Sozialsysteme unausweichlich.

(Tichys Einblick 12/20, Oswald Metzger)

Zürich

Hört man der Stadtregierung zu, erhält man immer wieder den Eindruck, Gesetze seien dann anzuwenden, wenn sie einem in den Kram passen. So veröffentlichte «Tsüri» am 25. November ein Interview mit Stadtrat Daniel Leupi. Der Vorsteher des Finanzdepartements war dort wie folgt zitiert: «Wenn Bund und Kanton keine Grundlagen dafür schaffen, hat die Stadt Zürich keine Möglichkeit zu stärkeren regulatorischen Massnahmen, wie beispielsweise Enteignungen.»

(Fraktionserklärung SVP Stadt Zürich, 02.12.2020)

EU-Gerichtshof

Trotz seiner klar festgelegten Kompetenzen und Rolle hat sich der Europäische Gerichtshof selbst von Anfang an als «Motor der Integration» verstanden und sich eine politisch-aktivistische Rolle angemasst. In dieser hat er die Verträge der EU zugunsten der Union gedehnt und ist dabei auch vor revolutionären Entscheidungen nicht zurückgeschreckt. So hat er beispielsweise dem Europarecht Vorrang vor dem nationalen Recht gegeben oder die Direktwirkung der Richtlinien «erfunden».

Es könnte der Schweiz dann so gehen wie jetzt schon den Mitgliedstaaten der EU. Sie könnte Pflichten unterworfen werden, die nicht zwischen der Schweiz und der EU vereinbart worden sind, sondern die der EuGH sich «ausgedacht» hat.

Zwar hat sich an der Rhetorik einiges geändert, die Richter vermeiden heute das Selbstbild des «Motors der Integration» – trotzdem verfolgt der EuGH weiterhin seine aktivistische Agenda und wird dabei wohl auch vor der Schweiz nicht zurückschrecken. Ein Gericht, das eine politische Mission verfolgt, ohne dazu legitimiert zu sein, ist ganz klar auf Abwegen und eine Gefahr für die EU als Rechtsgemeinschaft – und damit auch für die Europäische Union als Ganze.

(Peter Gauweiler in «Politik & Wirtschaft – Schweizer Monat», Dez. 2020/Jan. 2021)

Buchhandel: Wechsel der Partnerfirma

Auf Ende 2020 erlischt die Partnerschaft bezüglich Abwicklung des Buchhandels zwischen der Buchhandlung Nievergelt in Zürich-Oerlikon und der «Schweizerzeit». Die hohe Qualität der Dienstleistungen der Buchhandlung Nievergelt verdanken wir insbesondere Frau Schildknecht, von deren speditiver, unkomplizierter Zusammenarbeit wir während vielen Jahren profitiert haben.

Neue Buchhandelspartnerin der «Schweizerzeit» ab 1. Januar 2021 ist die Firma Werd und Weber Verlag AG in Gwatt bei Thun. Wir freuen uns auf diese Zusammenarbeit, hat die «Schweizerzeit» doch schon in der Vergangenheit viele Bücher aus diesem Verlag – unter anderem die Biografie über Toni Brunner – ihren Leserinnen und Lesern näherbringen können.

Ulrich Schlüer

Ein unglaublicher Fall (Teil III)

Die unheimliche Macht der Kesb

Der Kesb-Fall Aarau offenbart ein tiefgreifendes Problem im Kindes- und Erwachsenenschutz: Niemand trägt die Verantwortung. Mit fatalen Folgen für unzählige Betroffene.

Der Fall sorgt seit Wochen für Schlagzeilen: Die professionelle Beiständin Brigtte Kissling, angestellt bei den Sozialen Diensten der Stadt Aarau, beantragte, einer unbescholtenen Mutter das Sorgerecht zu entziehen – ohne jeden Grund. Wir berichteten an dieser Stelle über die haarsträubenden Vorkommnisse („Schweizerzeit" Nr. 20 und 22). Gegen die Berufsbeiständin und den Kindsvater ist deswegen Strafanzeige erstattet worden. Die Vorwürfe lauten auf mutmassliche Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflichten, mutmassliche Entziehung von Unmündigen sowie mutmasslichen Amtsmissbrauch. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Der Spiess wird umgedreht

Das birgt Sprengstoff. Denn die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) greift ihrem Auftrag gemäss ein, wenn Eltern ihren Erziehungspflichten nicht nachkommen. Im Kesb-Fall Aarau wird der Spiess jetzt umgedreht: Die Strafanzeige geht davon aus, dass die von der Kesb eingesetzte Beiständin die Erziehungspflichten verletzte, indem sie mit ihrer Amtsausübung, die in ihrem willkürlichen Antrag gipfelt, der Mutter sei das Sorgerecht zu entziehen, das Kindswohl und die gesunde seelische Entwicklung der Tochter gefährde.

Das sind schwerwiegende Vorwürfe, die nicht nur die Beschuldigte, sondern auch ihre Vorgesetzten und die Kesb als Ganzes betreffen. Da Beiständin Brigitte Kissling bei den Sozialen Diensten der Staat Aarau angestellt war (inzwischen ist sie nicht mehr im Amt – ob sie freiwillig oder unfreiwillig ausgeschieden ist, darüber wollen weder sie selber noch die Stadt Aarau Auskunft geben), stellt sich auch die Frage der politischen Verantwortung.

Eine Behörde ausser Kontrolle

Und in diesem Punkt offenbaren sich nun erstaunliche Missstände, die über den Einzelfall hinausweisen. Wie unsere Recherchen zeigen, will nämlich niemand für das fragwürdige und mutmasslich strafbare Handeln der Berufsbeiständin Verantwortung übernehmen. Controlling? Führungsverantwortung? Fehlerkultur? Fehlanzeige. Man muss – wie nachfolgend en détail belegt wird –, von einem System der organisierten Verantwortungslosigkeit sprechen. Der Eindruck entsteht, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde wie ein Staat im Staat agiert, ohne politische Aufsicht und Kontrolle.

Der Staatsapparat mauert

Dieser Schluss drängt sich auf, wenn wir die Antworten oder besser Nichtantworten der verschiedenen involvierten Stellen auf unsere entsprechenden Fragen betrachten. Fangen wir mit der Berufsbeiständin Brigitte Kissling an, die den fatalen Antrag auf Sorgerechtsentzug stellte. Selbstverständlich haben wir sie im Zuge unserer Recherchen mit den an sie gerichteten Vorwürfen konfrontiert. Geantwortet hat sie nie; so, wie sie auch gegenüber der betroffenen Kindsmutter wiederholt Antworten auf die drängenden Fragen schuldig blieb.

Wir haben uns in der Folge als zweite Instanz an Jeannine Meier gewendet. Die Leiterin der Sozialen Dienste der Stadt Aarau war die direkte Vorgesetzte von Brigitte Kissling. Von der Kaderbeamtin wollten wir unter anderem wissen, ob solche weitreichenden Anträge von den Berufsbeiständen in Eigenregie gestellt werden, ob es ein Controlling der Amtsführung gibt, ob interne Richtlinien für solche Fälle bestehen, oder wann ein Antrag auf Sorgerechtsentzug legitim und rechtens ist. Amtsleiterin Jeannine Meier antwortete darauf, dass die Stadt Aarau keine Auskünfte gebe, weder über hängige Kesb-Verfahren, noch über interne Richtlinien, noch über aktuelle oder ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
Zwischenfazit: Der Staatsapparat mauert.

Schwarz-Peter-Spiel

In der entscheidenden Kernfrage der Verantwortung schob die Leiterin der Sozialen Dienste den Schwarzen Peter weiter an das Bezirksgericht Aarau, das – wie im Kanton Aargau vorgesehen – im Einzugsgebiet der Stadt Aarau die Funktion der Kesb übernimmt. Also stellten wir unsere Fragen als Nächstem dem zuständigen Gerichtspräsidenten Reto Leiser. Auch dieser wich aus.

Das Büro Ha deckt auf!

Am 24. und 31. Dezember gibt es «gnädigerweise» vom Bundesrat eine «Verlängerung». Um 01.00 Uhr ist aber «Feuer durch!» Der geistlose Befehl der Sozialisten und Panikmacher, die uns sagen, wann wir keinen Durst mehr haben und wann wir ins Bett zu hüpfen haben. Die Weltfremden schreiben uns vor, wie viele Sportsfreunde auf dem Sessel-Lift sitzen dürfen und dass es keinen «Hüttenzauber» gibt. Damit haben sie die Familienbetriebe in der Gastronomie endgültig in den Konkurs getrieben. Wenn die EU die Skisaison erst am 15. Januar eröffnen will, dann sollte sie so konsequent sein und die Badesaison auch erst Ende Juli eröffnen! Schluss mit dem Wahnsinn!

Tis Hagmann

«Das Bezirksgericht Aarau gibt weder zu allgemeinen Themen noch zu laufenden Verfahren Auskunft», so der Gerichtspräsident. Immerhin leitete er unsere Anfrage an die Medienstelle der Aargauer Gerichte weiter.

Diese war nun bereits die vierte Station, die Antworten liefern sollte. Der erste Teil davon lautete denn auch wie gehabt: Kein Kommentar zu hängigen Verfahren. Und: Generell auch keine Auskunft zu Kesb-Fällen. «Im Übrigen sind Verfahren des Kindes- und Erwachsenenschutzes von Gesetzes wegen nicht öffentlich», liess Nicole Payllier verlauten, Leiterin Kommunikation Gerichte Kanton Aargau.

Der zweite Teil ihrer Antwort hatte es dann aber in sich. Wörtlich schrieb die Kommunikationsleiterin der Aargauer Gerichte: «Bezüglich des von Ihnen eingereichten Fragenkatalogs kann zudem festgehalten werden, dass diese Fragen nicht die Familiengerichte betreffen. Im Kanton Aargau werden die Berufsbeistände von den Gemeinden angestellt. Die Gemeinden sind für die Auswahl, die Instruktion und die Aufsicht der von Ihnen angestellten Berufsbeistände verantwortlich.»

Der Willkür sind Tür und Tor geöffnet

Merken Sie etwas? Bingo! Diese Aussage ist höchst brisant: Sie belegt die organisierte Verantwortungslosigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutz. Während die Gemeinde – im vorliegenden Fall die Stadt Aarau mit ihren Sozialen Diensten – jegliche Verantwortung unter Verweis auf die entsprechende Organisationsstruktur an das Bezirksgericht delegiert, delegiert das Bezirksgericht unter Verweis auf dieselbe Organisationsstruktur die Verantwortung wieder zurück an die Gemeinde. Was die involvierten Behörden hier selbst zur Kenntlichkeit entstellen, ist der erschütternde Befund, dass letztlich überhaupt niemand für die eklatanten Missstände im Kindes- und Erwachsenschutz verantwortlich zeichnet. Kein Wunder, kommen dabei solch willkürliche Anträge oder sogar Entscheide wie im vorliegenden Fall zustande.

Regierung liefert Beleg für Versagen

Falls es dazu noch eines weiteren Belegs bedürfte, liefert ihn die höchste politische Behörde von Aarau, der Stadtrat, höchstpersönlich. Obwohl die Kommunikationsleiterin der aargauischen Gerichte klipp und klar festhält, dass die Stadt Aarau für die Amtsführung der von ihr angestellten professionellen Beistände verantwortlich ist, schieben auch die zuständige Stadträtin Angelica Cavegn Leitner (Ressort Soziales, Alter, Gesundheit) und Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker die Verantwortung erneut ab und einmal mehr dem Bezirksgericht Aarau zu. Dieses sei «für die Prüfung und die Anordnung von Massnahmen im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes zuständig». Man könnte über dieses geradezu absurd anmutende Rösselspiel, das die kommunalen und kantonalen Behörden hier veranstalten, lachen – wenn es nicht so grimmig ernst wäre und davon nicht das Schicksal unzähliger Kinder, Erwachsener und ganzer Familien abhinge.

Reformiert die Kesb!

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob die Schweiz wirklich gut damit fährt, dass sie die ursprünglich im überschaubaren Raum der Gemeinden angesiedelten Vormundschaftsbehörden professionalisiert und an übergeordnete Experten übertragen hat. Das alte Laienregime mag auch seine Mängel gehabt haben, sicher. Aber das neue Kesb-System ist insbesondere deshalb so fehleranfällig, weil es – wie das Beispiel Aarau eindrücklich illustriert – praktisch vollständig der administrativen und politischen Kontrolle enthoben ist. Die Demokratie lebt, wie jeder funktionierende Organismus, davon, dass Fehler fortlaufend korrigiert werden. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Verantwortung klar geregelt ist. Wenn das nicht der Fall ist, begünstigt dies ein Klima, in dem Missstände vertuscht, nicht erkannt oder nicht behoben werden.

In diesem Sinne kann die Moral dieser Geschicht' von der unheimlichen Macht der Kesb nur lauten: Reformiert den Kindes- und Erwachsenenschutz! Stellt ihn vom Kopf auf die Füsse! Sonst werden noch unzählige weitere Kesb-Opfer darunter leiden; ohne Hoffnung, dass sich ihr Schicksal je zum Guten wendet.

(kk)

QUALITÀ SALAMI SALAMETTI
ZANETTI
POSCHIAVO/GR

ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Drucker/Scanner/Kopierer

TOP-Geräte - Inserat nur in Schweizerzeit	Rp. je Druck	VP normal	Ihr Aufwand
Multifunktion farbig	7,0 / 1,0	1399.00	599.00
Drucker farbig	8,0 / 1,3	719.00	319.00
Multifunktion mono	0,8	1249.00	449.00
Drucker mono	1,1	729.00	329.00
Drucker mono	1,7	319.00	199.00

5 Jahre VorOrt-Garantie, nur für Firmen + Gemeinden
Solange Vorrat - Info: 041 799 50 00 - info@ocotex.ch

Traditionelle Berchtoldstag-Veranstaltung

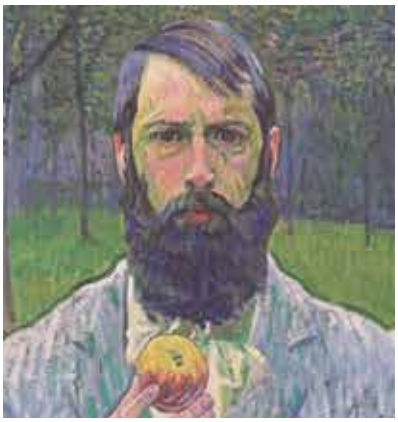
Samstag, 2. Januar 2021, 10.30 Uhr

Live-Übertragung ins Internet und auf Facebook & Youtube

Christoph Blocher

«Würdigung von Solothurner Persönlichkeiten

Josef Munzinger
(1791 – 1855)
«Kämpfer für die Schweiz»



Cuno Amiet
(1868 – 1961)
«Maler der Moderne»

Willi Ritschard
(1918 – 1983)
«Arbeiter im Bundesrat»

und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz»

Übertragungen ab 2. Januar, 10.30 Uhr:

- Im Internet unter: www.teleblocher.ch
  www.svp-so.ch
- Auf Facebook unter: https://www.facebook.com/svpso
- Auf Youtube unter: TeleBlocher

Dieser kulturelle Anlass wird Ihnen herzlich empfohlen und präsentiert durch den Verein «Politfuchs» mit seinem Präsidenten **Richard Aschberger** (Grenchen) sowie der **SVP Kanton Solothurn.**
Weitere Informationen: www.svp-so.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP

Bereits wird wieder …

… entschuldigt und relativiert

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

An einem Dienstnachmittag Ende November 2020 griff in Lugano im Warenhaus «Manor» eine Täterin zwei Frauen an, wobei eines der Opfer durch Messerstiche in die Halsgegend schwer verletzt wurde.

Die Angreiferin konnte noch am Tatort von einem beherzten Paar zurückgehalten und der eintreffenden Polizei übergeben werden. Die verletzte Frau wurde unverzüglich medizinisch betreut und ins Spital eingeliefert, was ihr glücklicherweise das Leben rettete. Nachdem bekannt wurde, dass die Täterin beim Angriff «Allahu Akbar!» (Allah ist gross) geschrien hatte und die ersten kriminalpolizeilichen Ermittlungen im Tessin einen terroristischen Hintergrund für möglich hielten, übernahmen Bundespolizei und die Bundesanwaltschaft das Strafverfahren. In der Zwischenzeit wurde bekannt, dass es sich bei der Täterin um eine 28 Jahre alte Schweizerin handelt, welche zum Islam konvertierte und vor rund drei Jahren nach Syrien reisen wollte, weil sie sich in einen IS-Kämpfer verliebte hatte. Sie wurde jedoch beim Grenzübertritt von der Türkei nach Syrien von türkischen Sicherheitskräften gefasst und in die Schweiz ausgeschafft.

Weil die Frau offensichtlich unter psychischen Störungen litt und möglicherweise noch heute leidet, wurde sie damals in eine psychiatrische Einrichtung eingewiesen. Die Bundesanwaltschaft hat jedoch, aus welchen Gründen auch immer, kein Strafverfahren gegen sie eingeleitet, obwohl Reisen aus der Schweiz in den Dschihad verboten sind. Und nun wird – lange bevor die umfangreichen Ermittlungen abgeschlossen sind – bereits mit entschuldigenden Erklärungen aufgewartet. So äusserte sich ein Gewaltforscher in den Medien, dass es sich bei der fraglichen Täterin nicht um eine typische Terroristin handeln könne, da bei ihr ideologisch-religiöse Momente und eine psychische Krankheit zusammenfallen würden.

Die Stossrichtung gewisser Mainstream-Medien ist durchschaubar, negiert man doch über weite Strecken die Gefahr, welche auch hierzulande von islamistisch motivierten Terroristen ausgeht. Da passt es besser in das eigene Weltbild, die Täter schon mal vorsorglich als Spinner zu entschuldigen. In einem Interview in der «SonntagsZeitung» hat die Chefin der Bundespolizei, Nicoletta della Valle, zwar eingewendet, dass solche Taten nicht mit der psychischen Labilität entschuldigt oder relativiert werden dürfen. Sie hat dann aber im fraglichen Interview, völlig aus dem Zusammenhang gerissen, darauf hingewiesen, dass es in der Schweiz auch Taten von Rechtsextremen gebe.

Interessant beim Angriff in Lugano war auch der politische Umgang mit dieser terroristisch motivierten Tat. Unmittelbar nach dem Anschlag hat Österreichs Bundekanzler Sebastian Kurz – wohl auch aus Betroffenheit über den zuvor in Wien verübten islamistischen Terroranschlag – die in Lugano verübte Tat verurteilt und der Schweiz die Unterstützung seines Landes zugesichert. Es war beschämend, dass sich die schweizerische SP-Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga mit keinem Wort an die Öffentlichkeit wandte, sondern in den sozialen Medien über das Telefonat mit der finnischen Ministerpräsidentin über irgendein EU-Thema schwadronierte.

Völlig anders als beim Töten mit einer Schusswaffe aus sicherer Distanz wird beim Köpfen eines Menschen das Opfer in der Regel von hinten an den Haaren gefasst und mit der messerführenden Hand umklammert – um dann mit grosser Kraft von der Kehle aus den Hals bis und mit Halswirbelsäule durchzutrennen. Dabei fliessen auch dem Täter grosse Mengen Blut über die Hände, das Opfer wehrt sich und ringt nach Luft.

Wer in der Lage ist, so zu handeln, bei dem stellt sich nachvollziehbar die Frage nach einer psychischen Störung. Gerade deshalb braucht es griffige Strafmassnahmen und ein Verwahrungskonzept auf höchster Stufe. Gerichtsurteile dürfen nicht an die Psychiatrie delegiert werden, denn nebst einer «gerechten» Strafe gilt es auch zu beachten, dass die Bevölkerung vor ideologisch oder religiös verblendeten Schwerverbrechern geschützt werden muss.

Markus Melzl

Eindeutige Beweise

Klimawandel vor Zehntausenden von Jahren?

von Erich von Däniken, Verfasser von zwanzig Büchern, u.a. «Zurück in die Zukunft», bekanntester Vertreter der Prä-Astronautik

Bei der gegenwärtigen Debatte über den Klimawandel fehlt ein entscheidendes Argument. Hat die Menschheit bereits mehrere Klimawandel hinter sich? Wenn Ja, wer oder was war damals «schuld»?

Der Mensch vor Jahrzehntausenden könnte schwerlich dafür verantwortlich gemacht werden. Damals lebten weder acht Milliarden unserer Art, noch existierten Fabrikschlote oder Autoabgase. Und trotzdem gab es Klimawandel. Wie ist das beweisbar?

Von Griechenland bis zu den Mayas

Mehrere antike Historiker berichteten darüber. Am bekanntesten ist wohl der Grieche Platon, der um 428 v. Chr. lebte. In seinen Werken Kritias und Timaios wird über das versunkene Atlantis berichtet. Platon informiert seine Zuhörer folgendermassen: «Da brachte er die Rede auf die ältesten Zeiten Griechenlands … und wie nach der Flut Deukalion und Pyrrha übrig blieben… So kommt es, dass ihr immer wieder gleichsam von neuem jung werdet, ohne jede Kunde von dem, was sich in alten Zeiten ereignet hat. Denn ihr erinnert euch nur einer einzigen Überschwemmung der Erde, während es doch schon so viele vorher gegeben hat.»

Auf der anderen Seite der Erdkugel berichteten die Mayas über mehrere vernichtende weltweite Fluten. Doch die zentralamerikanischen Kulturen wussten nichts von Griechenland und umgekehrt. Die Überlieferungen über die Zerstörungen der Erde in einer grauen Vergangenheit tauchen bei unzähligen Historikern auf. So bei Hesiod (um 700 v. Chr.), bei Hekataios (550–480 v. Chr.), beim Babyloner Berossos (4. Jahrhundert v. Chr.), bei Herodot (486–430 v. Chr.), bei Strabon (um 63 v. Chr.), oder bei Plinius dem Älteren (23–79 n. Chr.). Es spielt keine Rolle, wen ich als Zeugen aufrufe. Alle berichteten über weltweite Katastrophen, die sich vor 10'000 und mehr Jahren abgespielt haben.

Findlinge, von Gletschern transportiert

In der Natur lässt sich ein ehemaliger Klimawandel leicht ablesen. Jedermann kennt die «Findlinge», die gewaltigen Steinblöcke, die kreuz und quer in den Voralpen herumliegen. Einst wurden sie langsam von den Gletschern transportiert – bis sich die Gletscher zurückzogen und die Steine liegen blieben. Was hat denn die Gletscher damals dazu gebracht, sich zurückzuziehen? Vor 18'000 Jahren lag der Spiegel des Mittelmeeres 35 Meter tiefer als heute – bewiesen durch Höhlenmalereien, die unter Wasser liegen.

Da die Menschen vor Jahrtausenden keine Taucheranzüge benutzten, geht's nur umgekehrt: Die Gletscher sind geschmolzen, der Meerwasserspiegel ist gestiegen. Und dies weltweit. Am Rande: Jedes Kind weiss inzwischen dass Grönland ursprünglich «Greenland» hiess.

Aus der Geschichte lernen

Wie will eine Wissenschaft von heute behaupten, der Mensch sei schuld am Klimawandel, wenn sie sich nicht dafür interessiert, was in der Vergangenheit geschah?! Bereits vor siebzig Jahren erschien das Buch «Die Grenzen des Wachstums», veröffentlicht unter dem Schutzschirm des «Club of Rome». Im Vorwort schrieb der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, die Menschheit habe noch etwa zehn Jahre Zeit, die Umweltprobleme zu lösen.

Die Erde «eiert»

Inzwischen sind siebzig Jahre verstrichen, und eigentlich dürfte es uns gar nicht mehr geben. Dabei wird der Klimawandel von mir nicht bestritten. Ich bin kein Klimaleugner. Aber die Ursachen liegen nicht beim Men-

Churz&Bündig

Einzig der für die regionale Berichterstattung zuständige Redaktor der «Basler Zeitung» liess die Öffentlichkeit am 2. Dezember 2020 wissen, dass rund siebzig Prozent der Corona-Spitalpatienten Migrationshintergrund hätten. Angesichts der täglichen Klagen der die Grenze ihrer Belastbarkeit demnächst erreichenden Spitäler stellt sich doch die Frage: Warum darf die Öffentlichkeit die Tatsache dieses hohen Ausländeranteils an Corona-Patienten nicht erfahren? Die Zahl – durchschnittlich siebzig Prozent Corona-Patienten mit Migrationshintergrund, einmal sei gar ein Spitzenwert von 83 Prozent erreicht worden – stammt von Spitalangestellten und Pflegefachleuten. Warum unterstellt sie die offizielle Schweiz strikter Geheimhaltung?

us

schen, wie kürzlich erneut bewiesen wurde. Allgemein ist bekannt, dass die Sahara einst grün gewesen sein muss. Immer wieder tauchten Fossilien von Huftieren auf, die ohne Grünfutter nie überlebt hätten. Wie war aus einer grünen Landschaft eine ausgedörrte Wüste entstanden?

Ein hochkarätiges Team von Naturwissenschaftern aus verschiedenen Fakultäten untersuchte das Problem. An unterschiedlichen Stellen wurden Sonden in den Boden getrieben und Erd- wie Gesteinsproben aus der Tiefe gezogen. Analysiert wurde ein Zeitraum von 240'000 Jahren. Schliesslich stellte sich heraus, dass sich das Klima in der Sahara durchschnittlich alle 20'000 Jahre geändert hat. Schuld waren die Schwankungen der Erdachse. Unser Planet ist keine perfekte Kugel. Er ist an den Polen leicht abgeflacht und am Äquator dicker als von Pol zu Pol. Deshalb verhält er sich wie ein Kinderkreisel. Die Erde «eiert». Wegen dieser Bewegung drückt das Sonnenlicht nicht jedes Jahrhundert gleich stark auf die verschiedenen Erdteile. Auf die Sahara bezogen bedeutete dies: Ist die Sonneneinstrahlung erhöht, verstärkt das den Monsun in der Region. Dies führt zu einer feuchteren und damit grüneren Sahara. Reduziert sich die Sonneneinstrahlung, so entsteht ein trockenes Klima.

Festgefahrene Ideologen …

Weshalb nehmen die Klimawissenschafter diese Tatsachen nicht zur Kenntnis? Wegen ihrer Ideologie! Die Meinungen sind festgefahren. Der Standford-Dozent Patrick Frank, der jahrelang alle Klimamodelle untersucht hat, meint: «Die ganze Panikmache gründet auf falschen Klimamodellen, produziert von Wissenschaftern, die nicht imstande sind, ihre Arbeit ordentlich zu evaluieren.»

… unwissende Politiker

Heutige Politiker, die nichts von der Vergangenheit unseres Planeten wissen, verlangen von der Gesellschaft Unsummen für etwas, das am Klima nichts ändert. Bessert sich das Klima, werden sie verkünden: «Dies geschieht wegen uns.» Ändert sich nichts, so heisst es: «Ihr habt zu wenig getan.» Wenn die unzähligen Befürworter eines menschengemachten Klimawandels überzeugt sind, die Meeresspiegel würden steigen, dann leitet doch die Billionen von Dollars in jene Länder, denen eine Überflutungsgefahr droht, und baut endlich Dämme.

Erich von Däniken

FDP: Auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit

Der Niedergang der FDP als staatsgründende und -tragende Partei ist Tatsache. Es ist die logische Konsequenz einer verfehlten Politik. Der Abstieg begann mit Franz Steinegger und seinem linksliberalen Kurs. Vom Zweiten Weltkrieg bis zu Steineggers Übernahme 1991 hielt sich der Wähleranteil der FDP um die 24 Prozent. Mit der neuen linksliberalen Ausrichtung mit EU-Beitritt verlor die Partei für jede neu gewonnene Stimme drei bisherige, weil die Stammwähler entheimatet wurden. Scharenweise liefen FDP-Wähler zur SVP über; bei den Wahlen 2019 waren es noch 15 Prozent. Das ist selbst verschuldet. Die einst auf Eigenverantwortung und einen schlanken Staat setzende Partei wurde ihren konservativen Werten untreu und mutierte zu einer etatistischen Partei. Anders als in den Sonntagsreden, wo FDPler gerne von Liberalismus reden, hat die FDP Schweiz den Ausbau des Staates und der Bürokratie mitgetragen anstatt gebremst.

Hinzu kommt die verlorene Glaubwürdigkeit, wobei ich nur zwei Beispiele nenne: Philipp Müller baute seine politische Karriere als «18-Prozent-Müller» beim Ausländeranteil auf, um dann als Präsident die Meinung zu vertreten, 24 Prozent seien noch lange nicht genug. Auch die heutige Bundesrätin Karin Keller-Sutter habe ich als konservative Regierungsrätin geschätzt. Kaum war sie Bundesrätin, baute sie zuerst die soziale Wohlfahrt aus, nur um die Begrenzungs-Initiative – mit Angstmacherei und Drohungen über zukünftigen Wohlstandsverlust – auszutricksen. Sie hat in kurzer Zeit ihre Glaubwürdigkeit als standfeste liberal-konservative Politikerin verloren und sich als Opportunistin entpuppt – schade! Der Beispiele wären da noch viele...

Die FDP macht in Opportunismus statt in ideologischer Standfestigkeit. Kurz vor den letzten Parlamentswahlen gab sich die FDP noch einen Grünanstrich. Ein Chamäleon verfängt beim Wähler nicht, sondern stösst ihn ab. Die FDP braucht keine bessere Kommunikation, sondern einen klaren, standfesten Kompass und entsprechende Inhalte. Und dies ist der FDP bei Schlüsselthemen abhandengekommen.

Der Präsident der CVP – Entschuldigung, der «Mitte» (wofür steht das eigentlich politisch?) – hat das gemerkt. Er hat jetzt das verbleibende Häufchen Elend, das sich BDP nannte, in seiner Partei verwurstet und das «C» aus dem Namen gestrichen. Er zielt darauf ab, den CVP-Sitz im Bundesrat halten zu können, natürlich auf Kosten der FDP, die zumindest einen Sitz verlieren dürfte. Vielleicht geht Pfisters riskante Rechnung auf; aber damit wird auch die «Mitte» Stammwähler verlieren. Wer dem Wähler keine überzeugenden Inhalte anbieten kann und diese nicht standfest vertritt, hat verloren.

Die FDP ist punkto Ideologie weit von ihrem ursprünglichen Kurs entfernt, und der Opportunismus der letzten 30 Jahre fordert nun seinen Tribut. Der lachende Dritte ist die vereinigte Linke, was die FDP bis heute nicht gemerkt hat. Viel lieber zankt sie sich mit der SVP, die eigentlich ihre natürliche Partnerpartei wäre. Aber so viel Einsicht ist bei Frau Gössi und ihren Kollegen kaum zu erwarten. Also einsteigen und anschnallen, es geht weiter bergab!

Felix Zulauf, Zug

Wir wünschen frohe Weihnachten,
Ihre **GOAL** AG für Werbung und Public Relations

Spenden Sie für die Abstimmung zum Verhüllungsverbot, damit der Weihnachtsmann zukünftig NICHT verhüllt unterwegs ist!

Spendenkonto: CH95 0900 0000 8400 3870 9

Express-Petition von SOS KMU

Wintertourismus nicht zerstören!

Als der Bundesrat unter offensichtlichem Druck Angela Merkels seine Absicht zu weitestgehender Unterbindung des Wintertourismus bekannt gab, startete die Aktion «SOS KMU» online eine Express-Petition, die innert Stunden mehreren tausend online erreichbaren Adressen zur Unterzeichnung übermittelt wurde – auch den «Brisant»-Empfängern der «Schweizerzeit».

Begründung der Petition

«Bis Mitte November äusserte der Bundesrat keinerlei Absichten, das Corona-Regime in Wintersportgebieten zu verschärfen. Dies, nachdem die Tourismus-Regionen im vergangenen Sommer die sorgfältige Umsetzung aller ihnen auferlegten Anordnungen in Hotels, Gaststätten, Verkaufsgeschäften und Transportmitteln eindrücklich unter Beweis gestellt hatten. Es wurde keinerlei Ansteckungswelle ausgelöst – auch weil sich die Gäste in den Tourismusgebieten diszipliniert verhalten haben.

Diktat des Auslands

Ausgangspunkt der trotz abflauender zweiter Corona-Welle neuen Beschränkungsmassnahmen ist offensichtlich das von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Unterstützung des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron angeblich im Namen der EU verbreitete Ansinnen, im Winter 2020/21 jeglichen Wintertourismus in ganz Europa zu unterbinden. Dass Länder, in denen Wintertourismus untergeordnete bis keine Bedeutung hat, mit solchen Scheinmassnahmen ihre Ratlosigkeit gegenüber Corona tarnen zu können glauben, darf den Bundesrat auf keinen Fall veranlassen, den Schweizer Wintertourismus, der für zahlreiche Bergregionen existenzsichernd ist, mit einschneidenden, aber sachlich ungerechtfertigten Massnahmen zum Erliegen zu bringen. Dies geschieht auch, wenn Merkels Willensbekundung zwar formell abgewiesen wird, gleichzeitig aber Einschränkungs-Massnahmen erlassen werden, die dem Schweizer Wintertourismus die Existenz zu entziehen drohen. Damit kommt eine Form der Liebedienerei gegenüber Brüssel zum Ausdruck, die vor der Schweizer Bevölkerung nicht gerechtfertigt werden kann.

Die für den Gaststättenbesuch verlangten neuen Massnahmen, wonach pro Tisch höchstens vier Personen aus maximal zwei Familien zugelassen werden, lassen sich allein durch Einführung schikanöser Ausweispflicht für alle Gaststättenbesucher realisieren. Auch diese Massnahme wird Tausende potenzielle Besucher von Restaurants und Cafés davon abhalten, Gaststätten überhaupt noch aufzusuchen – mit existenzvernichtenden Folgen für Aberhunderte von Gaststätten. Die vom Bundesrat anvisierte Verpflichtung gleicht einer Groteske, sind doch in Bundesbern laufend zunehmende Anstrengungen im Gang, die sog. «klassische Familie» aussterben zu lassen und neue, Wechseln unterworfene Partnerschaften als deren Ersatz aufzuwerten. Indem das Wort «Familie» durch «Haushalte» ersetzt wird, wird die faktische Ausweispflicht nur noch komplizierteren Kontrollverpflichtungen unterworfen.

Die Massnahmen des Bundesrats treffen einmal mehr vor allem solche Betriebe, welche die Sorgfaltspflicht bezüglich Corona-Auflagen seit Monaten verantwortungsbewusst einhalten. Diese korrekten Betriebe will der Bundesrat zusätzlich schikanieren, während Corona-Schleudern wie beispielsweise die Reitschule zu Bern, die sich um alle Auflagen sträflich foutiert, von den Behörden offenbar auch weiterhin völlig unangetastet bleiben.

Angesichts solcher Widersprüche korrekte Gaststätten zu schikanieren und gewerbliche Detailhandelsgeschäfte gegenüber dem Online-Handel erneut einschneidend zu benachteiligen, ist wirtschaftspolitisch ungerechtfertigt und verletzt die in der Bundesverfassung garantierte Wirtschaftsfreiheit eklatant.

SOS KMU
S.

www.sos-kmu.ch

Churz & Büündig

«Entweder liefert Ihr uns sofort fünfhunderttausend Franken – oder wir lassen den Rollladen runter». So spricht die insbesondere von Economiesuisse als vermeintliche Waffe gegen die SVP aufgepäppelte «Operation Libero» mit ihren Spendern. Die «halbe Kiste», welche von der Leitung apodiktisch angefordert wird, dient übrigens einzig der Aufrechterhaltung der Sechs-Personen-Führung: Man wolle Mitkämpferinnen, Mitkämpfer und sich selbst eben «anständig» bezahlen, sagen die Materialisten an der Spitze der «Jugendbewegung». Mit ihren Erstpartnern, Economiesuisse, haben es die nicht allzu opferbereiten Jugendlichen offenbar verdorben, tauchten sie, obwohl seinerzeit von der Wirtschaft finanziell ins Leben befördert, doch plötzlich im Lager der wirtschaftsfeindlichen Initianten der Konzernverantwortungs-Initiative auf. Nicht genug damit, sie beschimpften ihre ehemaligen Hauptgönner öffentlich als «Halunken». So müssen die Kinder der Halunken erleben, dass die so Geschmähten nicht weiter bereit sind, ihnen die Kasse zu füllen. Die Kinder der Halunken liegen auf dem Trockenen.

us

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 5)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH

Im Sommer 1998 kommt die Freiburger Staats- und Europarechtlerin Prof. Dr. Astrid Epiney in einer Nationalfondsstudie zu folgendem Schluss: «Bei einem EU-Beitritt bleiben Referendum und Initiative fast integral bestehen. Unser Beitritt fordert uns nur marginale Retouchen bei der direkt-demokratischen Entscheidungsfindung ab.» Diese «marginalen Retouchen» sehen so aus: „Das Referendum könnte durch eine ‚neue Norm in der Bundesverfassung' ausgeschlossen werden, damit es die ‚Rechtsetzung aufgrund verpflichtender EU-Vorgaben' nicht tangiert. *Im Klartext: Das Referendum wird dort wirkungslos und abgeschafft, wo es dem EU-Recht widerspricht! Dasselbe wäre auch bei Volksinitiativen der Fall.*

Geradezu unglaublich wird in der Studie «der richtige Zeitpunkt» für die Ungültig-Erklärung einer Volksinitiative abgehandelt: «Erfolgt die Ungültig-Erklärung vor der Volksabstimmung, so hat dies den Vorteil, dass auf eine solche Konsultativabstimmung verzichtet werden kann. Lässt man die Abstimmung aber laufen und entscheidet man nachher, so schützt man die **Diskursfunktion** des Instruments Volksinitiative.»

Das ungeheuerliche Fazit: Erklärt man eine Volksinitiative erst nach der Volksabstimmung für ungültig, so hat man dem tumben Volk immerhin die Möglichkeit geboten, dass es über das Anliegen der Initiative schwatzen kann. (Der aktuelle Rahmenvertrag geht mit den angedrohten Strafmassnahmen bei Nichteinhalten von EU-Recht bekanntlich noch einen Schritt weiter. Weit haben wir's gebracht …)

*

Ab Mitte 1998 steht für die Auns auch die **Uno-Beitrittsfrage** erneut im politischen Rampenlicht. Im Juli legt der Bundesrat – trotz der wuchtigen Ablehnung im Jahre 1986 (75,7% der Stimmbürger und alle Stände sagten damals Nein) – einen «Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen» vor. Der Bundesrat möchte den Beitritt zum «frühestmöglichen Zeitpunkt» vollziehen. Dies mit der «Argumentation», unser Land sei bereits stark engagiert in der Uno; so sei die institutionelle Mitgliedschaft nur logisch. Aussenminister Flavio Cotti meint in der NZZ vom 2. Juli 1998, seine Kontakte mit dem Uno-Generalsekretär seien derart häufig, dass er den Überblick über die Treffen verloren habe (!) Zudem sei unsere Neutralität «kein Hindernis mehr», denn die Schweiz trage die Uno-Sanktionen ohnehin freiwillig mit.

Im Hinblick auf die spätere Volksabstimmung (sie wird am 3. März 2002 stattfinden und leider den Beitritt zur politischen Uno vollziehen) steigen wir von der Auns kräftig in die Hosen. Denn ein Uno-Beitritt schwächt unsere Unabhängigkeit und Neutralität und gehört daher zu unserem

Wenn Bürgerliche sich von Linken übertölpeln lassen

Rückschrift

Wenn es einem Gemeinwesen insgesamt zu gut geht, kümmern sich Parlamentarier(innen) um die wohl unnötigsten Probleme unserer Zeit. So hat das Kantonsparlament in Basel-Stadt kürzlich entschieden, dass an allen Schulen des Kantons Hygieneartikel wie Tampons gratis abgegeben werden. Doch damit nicht genug. Ein von linker Seite eingereichter Vorstoss verlangt, dass im Grossen Rat statistisch erhoben werden soll, wie sich die Redezeit zwischen weiblichen und männlichen Parlamentsmitgliedern verteilt. Zur allfälligen Korrektur müsste sich die Parlamentsleitung entsprechende Massnahmen überlegen. Offen bleibt im Vorstoss, wie die Parlamentsleitung dann Personen wertet, welche sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen. Aber auch dieser Vorstoss aus der Kategorie «Gender-Chabis» wird in unserem rotgrün-dominierten Parlament wohl eine satte Mehrheit finden.

Vermutlich überrascht Sie dies aber auch nicht. Immerhin hatte Basel-Stadt schon immer den Ruf einer sehr linken Stadt. Bezeichnend hierfür ist, dass man sogar sozialistische Anliegen wie einen kantonalen Mindestlohn oppositionslos in einer vorberatenden Kommission durchwinkt. Eine Volksinitiative der kantonalen Gewerkschaften forderte diesen kürzlich – mit einem Mindestlohn von 23 Franken. Die vorberatende Kommission ist nun dem linken Regierungsrat einstimmig (!) gefolgt und winkt einen Gegenvorschlag mit 21 Franken durch. Was vor wenigen Jahren noch unglaublich schien, wurde damit Tatsache. Selbst die sechs bürgerlichen Vertreter aus LDP, SVP, FDP und CVP stimmten geschlossen für den Mindestlohn.

Gerade in einer sich anbahnenden Wirtschaftskrise, ausgelöst durch die Pandemie, in der Arbeitsplätze gerettet und das Gewerbe keinesfalls noch mit einem Mindestlohn belastet werden sollte, hinterlässt ein derartiges Verhalten nur Kopfschütteln. Wenn selbst bürgerliche Politiker linke Politik mitgestalten, dann wird's übel. Wer sich heute von links über den Tisch ziehen lässt, muss sich nicht wundern, wenn ihm morgen die eigene Wählerschaft davonläuft.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

Kerngebiet. Unsere Pressemitteilung im Sommer 1998 lautet (in gekürzter Form) wie folgt:

Mit einem Vollbeitritt zur Uno wird die Schweiz zwangsläufig in fremde Händel hineingezogen und als Partei betrachtet. Wir müssen uns an Sanktionen gegen Drittländer beteiligen, und unsere besonderen Stärken als neutraler Vermittler werden infrage gestellt. Zudem haben wir noch viel höhere Zahlungen an die Uno-Bürokratie und den internationalen Konferenztourismus zu leisten.

Anlässlich eines Vortrags in Winterthur am 2. Juni 1998 äussert sich der russische Aussenminister Jewgenij Maximowitsch **Primakow** zur Neutralität: «Russland hat grosse Achtung vor der Schweiz, deren Aussenpolitik schon seit mehr als 150 Jahren auf den Grundsätzen der Neutralität, der Nichtbeteiligung an Militärbündnissen und der normalen Beziehungen mit andern Staaten beruht. Die neutralen Staaten spielen erfolgreich die Vermittlerrolle bei der Lösung von Konfliktsituationen auch ausserhalb Europas. »

In Missachtung dieser klaren Botschaft und wider alle staatspolitische Vernunft drängen die Neutralitäts-Abschaffer in Bundesbern derzeit sogar in den Uno-Sicherheitsrat. In Abwandlung des Schillerwortes «Wann endlich wird die Freiheit kommen diesem Lande?» (Wilhelm Tell) könnte man ausrufen: «Wann endlich wird die staatspolitische Vernunft kommen diesem Lande bzw. seiner »Elite»?

*

Am Wochenende vom 20./21. Juni 1998 erreicht uns die Nachricht vom Hinschied von alt Bundesrat Ernst Brugger im Alter von 84 Jahren. Aufgewachsen in kleinbäuerlichen Verhältnissen in Mönchaltorf ZH, hat er zunächst während vieler Jahre als begnadeter Sekundarlehrer in Gossau ZH gewirkt. Ein ehemaliger Brugger-Schüler erzählte mir, dass Brugger als Offizier oft die Bedeutung der Armee und v.a. der Grenadiere hervorgehoben habe. Resultat: «Wir Schüler der 3. Sekundarklasse wollten alle Grenadiere werden!»

Ein kleines Stimmungsbild von damals: Brugger interessierte sich in den 50er Jahren für den Beitritt zur Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). Einen Lehrer wollte die damalige örtliche BGB aber nicht als Mitglied, sodass Brugger der FDP beitrat. Er wurde Kantonsrat, Gemeindepräsident von Gossau, 1959 Zürcher Regierungsrat und 1969 Bundesrat, wo er als kompetenter Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes stets auch ein offenes Ohr für die Landwirtschaft hatte. Brugger genoss in der Bevölkerung grosses Vertrauen – *was man heute leider nicht von allen Mitgliedern der Landesregierung sagen kann.*

(Fortsetzung folgt) *Hans Fehr*

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Samstag, 2. Januar 2021, 10.30 Uhr

Berchtoldstag-Veranstaltung mit Dr. Christoph Blocher

«Würdigung von Solothurner Persönlichkeiten und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz»: Josef Munzinger, Cuno Amiet, Willi Ritschard.
Infolge Corona-Massnahmen:
Live-Übertragung ab 10.30 Uhr im Internet unter www.teleblocher.ch oder www.svp-so.ch; auf Facebook unter www.facebook.com/svpso, auf Youtube unter TeleBlocher.

Schenken Sie ein Abonnement der «Schweizerzeit»

Ein Geschenk, das ein ganzes Jahr lang Informationen vermittelt, die anderswo kaum zu erhalten sind.

«Schweizerzeit»-Abonnenten können Geschenkabonnements zum Vorzugspreis von Fr. 60.– bestellen.

Schweizerzeit

Die von mir beschenkte Person hat die folgende Adresse:

Name:
Vorname:
Strasse/Nr.
PLZ/Ort:
E-Mail (fakultativ):

Wenn Sie uns die Mail-Adresse mitteilen, erhält der/die Empfänger/-in automatisch allwöchentlich den Freitagskommentar «Brisant».

Die Rechnung für das Geschenk-Abonnement richten Sie bitte an:

Name:
Vorname:
Strasse/Nr.
PLZ/Ort:

Datum: Unterschrift:

Einsenden an:
«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, Tel. 052 301 31 00
Fax 052 301 31 03, E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Büchertisch

BESTSELLER

Corona – Fehlalarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi
Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Neuerdings wurde gar seine Website zum Verschwinden gebracht. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen? Dieses Buch liefert dazu brisante, sorgfältig recherchierte Informationen.

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.85

Der Staat an seinen Grenzen

Über die Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart

Thilo Sarrazin
Thilo Sarrazin – im wahrsten Sinn des Wortes unbestechlicher Beobachter des Zeitgeschehens – legt ein neues Buch vor. Es befasst sich mit der schwierigsten und gefährlichsten Herausforderung, vor der Europa steht: Der Masseneinwanderung aus Afrika und Nahost. Es kommen – im Gegensatz zu früheren Einwanderungen – nicht Leistungsträger. Es kommen Menschen, die Gratis-Existenz suchen. In derart grosser Zahl, dass sie Europa nichts weniger als den Untergang des Abendlands bereiten können. Ein Buch, dem im Interesse europäischer Errungenschaften grösste Verbreitung zu wünschen ist.

LMV, München 2020, 480 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.40)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 32.70

Die Avantgarde der Angst

Norbert Bolz
Grüne Politik ist erfolgreich mit Angst operierende Politik. Die ökologische Bewegung erweist sich als erfolgreich, obwohl sie kaum politische Programme entwickelt. Sie operiert mit Angst vor drohenden Katastrophen, Angst vor angeblichem Klimakollaps. Religiöse Orientierung wurde hemmungslos diffamiert. Das Klima und Klimapflege wurden zur Ersatzreligion erhoben. Junge Slogans-Schreierinnen werden Jesus gleichgestellt. Angstpolitik macht Menschen gefügig. Ein wahrhaft aufrüttelndes Buch – überlegt und glänzend formuliert.

Matthes & Seitz, Berlin 2020, 192 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.50),

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 19.50

Lockdown 2020

Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern

Hannes Hofbauer/Stefan Kraft (Hsg.)
Zwanzig Abhandlungen von zwanzig Autoren begründen, weshalb die Folgen von wochenlang verfügtem Wirtschafts-Stillstand in den europäischen Ländern – die Schweiz inbegriffen – wesentlich weittragendere negative Konsequenzen zeitigen dürften als die Pandemie, die damit bekämpft werden sollte. Ein Buch für Leser, die den ganz auf Regierungskurs segelnden Medien nicht alles glauben, was derzeit präsentiert wird. Das Buch besticht durch die Sachlichkeit der darin enthaltenen Aufsätze und Bewertungen.

Promedia, Wien 2020, 280 S., brosch., (Richtpreis Fr. 27.90),

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 26.50

AKTUELL

Boris Johnson

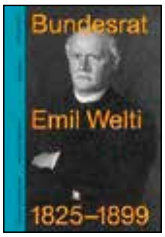
Porträt eines Störenfrieds

Jan Ross
Brüssel sieht in Boris Johnson den Feind der EU. In der Schweiz übernehmen die Medien bereitwillig alle Feindbilder über den englischen Premierminister. Dieser Kritik antwortet ein neues Buch, das Johnsons Regieren und die ihn dabei leitenden Grundsätze in den Mittelpunkt stellt. Es zeigt, dass Boris Johnson mit dem Brexit keineswegs bloss eine Kuriosität geschaffen hat. Er setzt damit vielmehr ein Vorhaben um, das die Geschichte Europas in neue, weit weniger der zentralistischen Bürokratie unterworfene Bahnen lenkten dürfte.

Rowohlt, Berlin 2020, 173 S., brosch., (Richtpreis Fr. 25.50),

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 24.25

SCHWEIZ



Bundesrat Emil Welti

1825 – 1899

Claudia Aufdermauer, Heinrich Staehelin
Die Biographie einer der prägendsten politischen Gestalten in der Schweiz des 19. Jahrhunderts: Schaffung des Bundesstaats, Formulierung und Sicherung der Volksrechte, Eisenbahnbau, Gotthard-Durchstich, Verbindung mit Alfred Escher, Schaffung einer einheitlichen Armee – das sind Stichworte zu Emil Weltis folgenreichem politischen Wirken. Familiär hatte Emil Welti das Drama um Lydia Welti-Escher und Karl Stauffer-Bern mit seinen tragischen Folgen zu verkraften. Ein interessantes Geschichtswerk zum frühen Bundesstaat Schweiz.

Hier und Jetzt, Zürich 2020, 336 S., geb ill., (Richtpreis Fr. 49.–)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 46.50

HÖRBUCH

Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:

Winston Churchill – Der späte Held

Eine Biographie

Thomas Kielinger

Eine überaus flüssig abgefasste, von Gert Heidenreich perfekt gelesene Biographie jenes Politikers, der die Weltgeschichte zumindest in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stärker geprägt hat als jeder andere Staatsmann. Sein eiserner Wille war entscheidend dafür, dass Hitlers Armee England nicht erobern konnte, womit eine wesentliche Vorentscheidung für die Niederlage des Nazireichs im Zweiten Weltkrieg gelegt wurde.

Nicht nur Churchills Rolle in den entscheidenden Momenten für den Ausgang des Zweiten Weltkriegs fesseln die Zuhörer dieses Hörbuches. Churchills politisches Wirken, das bereits vor dem Ersten Weltkrieg markante Spuren vorzeichnete, lässt ihn als im wahren Sinn dieses Wortes Wege weisende Persönlichkeit für die Weltgeschichte lebendig werden.

Man verbringt mit diesem Hörbuch höchst anregende Stunden.

Bonnevoice Hörbuchverlag/C.H. Beck, München 2014/2019, 2 MP3-CDs, Laufzeit 700 Min., (Richtpreis Fr. 22.90)

Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 21.75

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN

Gefangene der Zeit

Geschichte und Zeitlichkeit von Nebukadnezar bis Donald Trump

Christopher Clark

Wer Weltgeschichte mit dicken Wälzern identifiziert, deren Lektüre Tage und Wochen in Anspruch nimmt, dem wird mit Christopher Clarks jüngstem Werk ein überaus interessanter Zugang zu prägenden Epochen der Weltgeschichte geöffnet. Es gelingt Clark, sowohl Parallelen als auch Unterschiede zwischen wesentlichen Entwicklungen und prägenden Ereignissen aus ganz verschiedenen Zeiten zueinander in Bezug zu setzen, woraus der Leser Zusammenhänge zu erkennen vermag, die ihm kein anderer Historiker in vergleichbarer Dichte vermitteln kann.

Ein Buch, das sich leicht lesen lässt und das Aufklärung über Jahrhunderte hinweg auf einzigartige Weise vermittelt. Wer Weltgeschichte verstehen will, wird dieses interessante Buch zwischen Weihnachten und Neujahr als Pflichtlektüre regelrecht verschlingen.

us

Christopher Clark: «Gefangene der Zeit – Geschichte und Zeitlichkeit von Nebukadnezar bis Donald Trump». DVA, München 2020, 336 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.40)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 27.70

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

☐ Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi - Corona-Fehlalarm **à Fr. 19.85**
☐ Thilo Sarrazin – Der Staat an seinen Grenzen **à Fr. 32.70**

Aktuell

☐ Jan Ross - Boris Johnson **à Fr. 24.25**
☐ Norbert Bolz - Die Avantgarde der Angst **à Fr. 19.50**
☐ Hannes Hofbauer/Stefan Kraft - Lockdown 2020 **à Fr. 26.50**

Schweiz

☐ C.A./H.S. - Bundesrat Emil Welti **à Fr. 46.50**

Hörbuch

☐ Winston Churchill - Der späte Held **à Fr. 21.75**

Buchzeichen

☐ Christopher Clark - Gefangene der Zeit **à Fr. 27.70**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(24/18.12.2020)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort Tel-Nr.

Datum Unterschrift

DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 18. Dezember 2020

Stammtisch-Live

Referendum gegen das CO_2-Gesetz

mit verschiedenen Gästen

Freitag, 25. Dezember 2020

Stammtisch

Lagebeurteilung am Ende eines dramatischen Jahres

mit Esther Friedli, Nationalrätin, und
Hermann Lei, Kantonsrat und Rechtsanwalt

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.

Die nächste «Schweizerzeit» erscheint am

15. Januar 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG, 8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG, Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten, T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF / EUR 80.–

1 Milliarde gegen rechts

Gilt es, die eigene Bevölkerung umzuerziehen, kleckert die deutsche Bundesregierung nicht. In den Jahren 2021 bis 2024 will sie insgesamt mehr als eine Milliarde Euro «für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus» bereitstellen. Das staatliche Volkserziehungs-Programm umfasst rund 90 Massnahmen: Von der «Förderung des politischen und gesellschaftlichen Engagements von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte» bis zu einer «Einbürgerungsoffensive», um Ausländer mittels gezielt beworbener Einbürgerungen «die volle Teilhabe zu ermöglichen».

Die Berufsempörten aus der Sozialindustrie freuen sich wie die Maden im Speck. In den «Kampf gegen rechts» lassen sich allerlei wertschöpfungsferne Profilierungsprojekte packen, welche abertausende soziokulturelle Animatoren und «Gender Studies»-Absolventen dank reichlich fliessender «Staatsknete» auf Jahre hinaus fürstlich leben lassen werden.

Die letzten Wochen und Monate haben zwar einmal mehr bewiesen, dass von radikalmuslimischen Integrationsverweigerern eine unmittelbar stärkere Bedrohung für das friedliche Zusammenleben ausgeht als von sogenannten «Rechtsextremisten», zu denen von Teilen der AfD über Islamkritiker bis zu gewaltbereiten Hooligans alles gezählt wird – je nachdem, was gerade als opportun erscheint…

Wo bleibt das milliardenschwere Massnahmenpaket gegen islamistische Terroristen und Parallelgesellschaften? Ein Land, das toleriert, dass arabische Clans ganze Stadtteile kontrollieren und jahrelang ungestraft ihren schmutzigen Drogen- und Zuhältergeschäften nachgehen können, muss sich nicht wundern, dass sich normale Bürger den – in jeder Demokratie legitimen – Standpunkten rechter Parteien anschliessen. Oder ist dieser Teufelskreis etwa gewollt? Die Gesellschaft durch Laisser-Faire gegenüber kriminellen Migranten spalten zu lassen, um dann wiederum die Bekämpfung der «bösen Rechten» rechtfertigen zu können?

Auch in der Schweiz und Österreich besteht eine Antirassismus-Industrie, die in regelmässigen Abständen unbelegte Schreckens-Szenarien entwirft. Der deutschsprachige Raum, einst Wiege strebsamer Wertschöpfung und gesunden Leistungsdenkens, verfällt der Wohlstandsdekadenz immer restloser. Das Land der Dichter und Denker ist zum Land der Rechtsextremismus- und Rassismus-Experten verkommen. Keinem einzigen gut integrierten Ausländer ist damit geholfen – wird doch tunlichst verschwiegen, dass die beste Integration noch immer über das Abverlangen von Leistung statt die ewige Mitleidsnummer geschieht.

Anian Liebrand

Schluss Punkt